

**BERICHT ÜBER DIE UMSETZUNG  
ÖRTLICHER POLITIKEN IN BEZUG AUF DIE  
STELLUNG DER RÜCKKEHRER AUFGRUND  
DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS IN  
DER VOJVODINA 2018**





BERICHT ÜBER DIE UMSETZUNG  
ÖRTLICHER POLITIKEN IN  
BEZUG AUF DIE STELLUNG DER  
RÜCKKEHRER AUFGRUND DES  
RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS  
IN DER VOJVODINA 2018

Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist ausschließlich  
der Autor verantwortlich und er gibt nicht unbedingt  
die Stellung der Ökumenischen Hilfsorganisation

Novi Sad, 2018



# INHALT

Einleitung .....	6
Berichtszusammenfassung .....	7
Untersuchungsmethodik .....	9
Analyse der durch die Untersuchung erhobenen Daten...11	
In der Untersuchung erhobene allgemeine Daten .....	11
Registrierung und Erhebung persönlicher Daten der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens .....	13
Kapazitäten zur Integration und Umsetzung örtlicher Politiken in Bezug auf die Verwirklichung der Rechte der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens .....	15
Migrationsräte in den Kommunen in der Vojvodina, ihre Zuständigkeit und Zusammensetzung.....	15
Haushaltsmittel zur Umsetzung örtlicher Politiken in Bezug auf die Verwirklichung der Rechte von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens.....	19
Unentgeltliche Rechtshilfe für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens .....	21
Schlüsselbereiche, in denen Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens zusätzliche Unterstützung benötigen.....	23
Schwerpunktgruppen im Rahmen der lokalen Aktionspläne... 24	
Schwerpunktbereiche zur Verbesserung der Stellung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens ....	26
Verwirklichung des Rechts auf persönliche Dokumente für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens .....	26
Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Unterkunft für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens.....	27
Schlussfolgerung und Empfehlungen.....	30
Effiziente Hilfe verlangt ein Netzwerk von Personen und Institutionen .....	32
Subotica – ein Ort, wohin die Menschen kommen und bleiben.....	34
Zrenjanin – nur wer versorgt ist, kann sein Leben in die eigene Hand nehmen .....	38
Kikinda – eine Kommune, die die Augen verschließt .....	42
Žitište – Armut treibt in die weite Welt .....	46

# EINLEITUNG

**Die Ökumenische Hilfsorganisation (ÖHO) ist als zivilgesellschaftliche und wohltätige Bürgervereinigung schon 25 Jahre im Bereich einer weiten Bandbreite an Themen tätig, die sich auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Serbien beziehen, und zwar durch Projekte zur Verringerung der Armut, Stärkung der Menschenrechte und zwischenkirchlichen Zusammenarbeit.**

In diesem Zusammenhang nimmt die Frage der Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens eine besondere Stellung ein – als eine vielseitige Frage, die sich auf den gefährdetsten Teil der Einwohner Serbiens bezieht.

Die Tätigkeit im Migrationsbereich erhält durch die Nationale Strategie zur Lösung der Stellung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, die Strategie zur Verringerung der Armut in Serbien, die Strategie zur sozialen Inklusion der Roma in der Republik Serbien, wie auch zahlreiche andere Strategiepapierer und ihre Aktionspläne, die sich auf diesen Themenbereich beziehen und eine große Bedeutung und Wirkung haben, einen breiteren Rahmen.

Das durch ÖHO im Zeitraum 2016-2018 implementierte Projekt „Verbesserung der Wohnverhältnisse der Roma und anderer benachteiligter Gruppen, Vorbeugung illegaler Migrationen und Reintegration der Rückkehrer in Serbien“ umfasste drei Projektkomponenten – Migrationen, Wohnen und Bildung – und war durch seine breite Reichweite direkt auf die Bedürfnisse derjenigen Menschen gerichtet, die die meiste Unterstützung benötigen.

Zahlreiche Strategien und Aktionspläne, die von den Kommunen entwickelt und implementiert werden, wirken sich direkt auf das Leben aller Bürger im Gemeindegebiet aus, weshalb wir sie als ausschlaggebend für die Umsetzung unserer Projekte erachten.

So kommen wir zu den lokalen Aktionsplänen (LAP), die Ausdruck der Bemühungen der Kommunen sind, bestimmte Fragen durch definierte Maßnahmen und die zweckmäßige Zuteilung verfügbarer Ressourcen zwecks Verbesserung der Lebensbedingungen der gesamten oder von Teilen der Bevölkerung zu lösen.

In Anbetracht der Bedeutung der LAP's, bezog sich eine der Aktivitäten des Projekts „Verbesserung der Wohnverhältnisse der Roma und anderer benachteiligter Gruppen, Vorbeugung illegaler Migrationen und Reintegration der Rückkehrer in Serbien“ auf die Analyse der bestehenden lokalen Aktionspläne in Bezug auf die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens auf dem Gebiet der Vojvodina. Die Ergebnisse dieser Analyse werden Ihnen hiermit präsentiert.

Die Analyse bezog sich auf 45 Kommunen auf dem Gebiet der AP Vojvodina, wobei illustrativ auch konkrete Beispiele und Menschenschicksale angeführt sind, die die Probleme widerspiegeln, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert sind.

Wir hoffen, dass ein derartiges Dokument die staatlichen Institutionen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene zur weiteren Tätigkeit im Bereich der Förderung der Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens ermutigen wird, wie auch, dass es den Austausch lokaler Erfahrungen zwischen den Kommunen fördert – hierbei erwarten wir den größten positiven Effekt bei unseren Mitbürgern, die Dank der Implementierung verbesserter lokaler Aktionspläne unter besseren Bedingungen leben werden.

ÖHO schuldet ihrem Konsortiumspartner, der schweizer Stiftung HEKS-EPER großen Dank, wie auch anderen Organisationen, die uns unterstützt haben – das schweizer Staatssekretariat für Migration (SEM), die schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und natürlich auch zahlreiche Kommunen in der Vojvodina, die uns entgegen gekommen sind.

**Robert Bu,**  
Projektkoordinator/  
EHO Geschäftsführer

## BERICHT ÜBER LOKALE AKTIONSPLÄNE FÜR DEN BEREICH MIGRATION AUF DEM GEBIET DER VOJVODINA

# BERICHT- ZUSAMMEN- FASSUNG



Der Bericht vor Ihnen ist das Ergebnis einer Untersuchung örtlicher Politiken in Bezug auf die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens in der Vojvodina, die seitens der Ökumenischen Hilfsorganisation durchgeführt wurde. Die erhobenen Daten spiegeln die aktuelle Situation hinsichtlich bestehender Kapazitäten der Kommunen zur Lösung von Problemen wider, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert sind. Die im Rahmen der Untersuchung erhobenen Daten verweisen auf einen besorgniserregenden Trend zum Rückgang der Anzahl an Kommunen, die lokale Aktionspläne (im weiteren Wortlaut: LAP) für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens verabschiedet haben. Im Vergleich zum Jahr 2015, als 13 Städte und Gemeinden in der Vojvodina keine LAP's beschlossen hatten, haben aktuell schon 24 Kommunen keine derartigen Pläne verabschiedet.

Wie bisher ist die Frage der Datenerhebung über die Stellung der Rückkehrer und die spezifischen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, nicht angemessen gelöst. Die Angaben über registrierte Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens belaufen sich auf statistische Fehler, während die Unmöglichkeit der Erhebung differenzierter Daten eine effiziente und nachhaltige Verfolgung des aktuellen Standes in diesem Bereich unmöglich macht.

Die Untersuchung hat bestätigt, dass alle Migrationsräte über relativ begrenzte Kapazitäten zur Verfolgung und Koordinierung der Umsetzung von Maßnahmen und Aktivitäten hinsichtlich der Verwirklichung von Rechten unterschiedlicher Gruppen verfügen, worunter die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens nur eine der angeführten Bevölkerungsgruppen ausmachen. Die Räte treffen sich der Regel nach nur selten und beziehen in den geringsten Fällen auch Träger anderer Aktivitäten in ihre Tätigkeit mit ein – von Behörden, die sich auf kommunaler Ebene mit Fragen von Bedeutung für die Integration der Rückkehrer befassen, bis zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, die besonders benachteiligte Gruppen unterstützen und deren Interessen vertreten. Zur Begrenztheit der Kapazitäten dieser Gremien, wie unter anderem auch der Kommunen selbst, trägt sicherlich auch die Tatsache bei, dass die Haushaltsmittel für die Bedürfnisse der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens sehr begrenzt sind und nur eine

sehr geringe Anzahl an Städten und Gemeinden Mittel zu diesem Zweck entzweigt hat. In denjenigen Fällen, in denen zweckgebundene Haushaltsmittel sichergestellt wurden, sind diese der Regel nach sehr begrenzt.

Unentgeltliche Rechtshilfe, die eine weitere Voraussetzung zur Förderung der Integration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens darstellt, steht in 17 Städten und Gemeinden der Vojvodina nicht zur Verfügung, während in einigen der Kommunen, die unentgeltliche Rechtshilfedienste eingerichtet haben, diese von den Kapazitäten anderer Akteure – Bürgervereinigungen, Rechtsanwaltskammer der Vojvodina oder Sonderprojekte – abhängen.

Von den fünf Schwerpunktbereichen, auf die in der Nationalen Strategie zur Förderung der Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens verwiesen wird: Zugang zu persönlichen Dokumenten, soziale Leistungen, Gesundheitsschutz, Bildung und Wohnen, befassen sich die analysierten lokalen Aktionspläne vorwiegend nur mit Fragen, die sich auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse und die wirtschaftliche Stärkung der Rückkehrer beziehen, während sie die anderen außer Acht lassen.

Die Tatsache, dass die Maßnahmen und Aktivitäten zur sozialen Integration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens am häufigsten für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens zusammen festgelegt werden, macht eine effiziente Verfolgung ihrer Umsetzung und die Analyse des Umfangs der von diesen Maßnahmen umfassten Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens unmöglich. Zudem haben sich einige der Maßnahmen bisher in der Praxis als unangemessen für die soziale Integration von Menschen erwiesen, die aus den benachteiligsten Gruppen stammen. Infolge dessen müssen eine detaillierte Analyse der Auswirkungen der Umsetzung lokaler Aktionspläne mit besonderem Schwerpunkt auf den benachteiligsten Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens durchgeführt, klar definierte Systeme zur Erhebung von Daten über die Anzahl und die besonderen Bedürfnisse der Rückkehrer instand gesetzt, die Planung in diesem Bereich verbessert und zugleich die technischen, finanziellen und sonstigen Kapazitäten der Kommunen zur Integration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens gestärkt werden.



# UNTERSUCHUNGS- METHODIK

***Der Bericht über örtliche  
Politiken in Bezug auf  
Rückkehrer<sup>1</sup> aufgrund des  
Rückübernahmeabkommens  
ist das Ergebnis einer  
während des Jahres 2018  
durchgeführten Untersuchung.***

Dieser Bericht stellt die Fortsetzung einer zuvor durchgeführten Untersuchung aus dem Jahre 2015 dar<sup>2</sup> und hat zum Ziel, einen Überblick zu geben über den institutionellen Rahmen zur Lösung von Problemen der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens in der Vojvodina und zur Stärkung ihrer Rechte, wie auch der kommunalen Kapazitäten, die sich mit dieser Frage befassen.

Ähnlich wie im Jahre 2015 basieren die Ergebnisse dieser Untersuchung auf Daten, die gemäß dem Gesetz über den freien Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung erhoben wurden, der Praxis und den Erfahrungen der Ökumenischen Hilfsorganisation im Bereich der Stärkung der Rechte der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens in einzelnen Städten und Gemeinden in der Vojvodina und der Analyse des in diesem Bereich bestehenden geltenden rechtlichen und strategischen Rahmens und dessen Änderungen im Zeitraum von 2015 bis 2018.

<sup>1</sup> Alle Begriffe in diesem Bericht werden in männlicher Form verwendet, wobei sie sich gleichermaßen auf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts beziehen.

<sup>2</sup> Ökumenische Hilfsorganisation, Bericht über die Umsetzung öffentlicher Politiken in Bezug auf Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens in der Vojvodina, Novi Sad, 2015, verfügbar unter: [http://www.ehons.org/Images/Publikacije/Izvestaji/Izvestaj\\_o\\_sprovodjenju\\_javnih\\_politika.pdf](http://www.ehons.org/Images/Publikacije/Izvestaji/Izvestaj_o_sprovodjenju_javnih_politika.pdf)



# ANALYSE DER DURCH DIE UNTERSUCHUNG ERHOBENEN DATEN

## IN DER UNTERSUCHUNG ERHOBENE ALLGEMEINE DATEN

Die aufgrund eines Antrags auf Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung<sup>3</sup> analysierten Fragen bezogen sich auf die Anzahl der registrierten Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, das Bestehen eines sich auf die Rechte und die Stellung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens beziehenden lokalen Aktionsplans, die zur Implementierung des LAP sichergestellten Haushaltsmittel und die Stärkung der Rechte der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens durch die Gründung von Migrationsräten, deren Zusammensetzung und die Anzahl der im Jahre 2017 abgehaltenen Sitzungen.

In Anbetracht dessen, dass im Laufe des Jahres 2018 ein Gesetz über die unentgeltliche Rechtshilfe verabschiedet werden soll und dass die Frage des Zugangs zu unentgeltlichen Rechtshilfeleistungen eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Stärkung der Rechte der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens und deren soziale Integration nach der Rückkehr darstellt, bezog sich zudem eine bestimmte Anzahl der Fragen auch auf das Bestehen eines unentgeltlichen Rechtshilfedienstes, seine Kapazitäten und die Gesamtzahl der Leistungsempfänger, die unentgeltliche Rechtshilfe in Anspruch genommen haben. Diese Frage ist auch deshalb von Bedeutung, weil gemäß Art. 67 Absatz 2 der Verfassung der Republik Serbien<sup>4</sup> die Erbringung von Rechtshilfeleistungen eine Verpflichtung der Kommunen darstellt, so dass durch die Erhebung von Daten über das Bestehen eines unentgeltlichen Rechtshilfedienstes und dessen Kapazitäten auch einen Einblick darin erlangt wird, auf welche Weise die Kommunen ihre durch die Verfassung bestimmten Verpflichtungen erfüllen.

<sup>3</sup> Ein Beispiel eines Antrags auf Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung ist im Annex zu diesem Bericht enthalten.  
<sup>4</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 98/2006

### ***Die Ökumenische Hilfsorganisation hat im Zeitraum vom Juni bis August 2018 eine Untersuchung der örtlichen Politiken in Bezug auf die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahme- abkommens durchgeführt.***

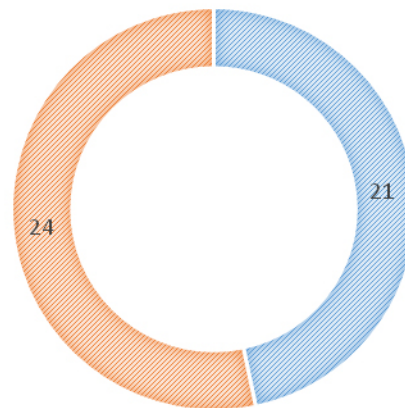
In diesem Zeitraum wurden bei allen Städten und Gemeinden in der Vojvodina – insgesamt 45 – Anträge auf Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung eingereicht. Den Anträgen wurde seitens aller Kommunen, die wir kontaktiert haben, folge geleistet, während nur in einigen Fällen auf vereinzelte Fragen aus dem Antrag unvollständige oder undeutliche Antworten gegeben wurden. Der Regel nach bezogen sich diese unvollständigen Antworten auf Fragen hinsichtlich der zur Implementierung der LAP's sichergestellten Haushaltsmittel und der Anzahl der unentgeltlichen Rechtshilfeleistungen, die seitens der in den Kommunen eingerichteten

Rechtshilfedienste erbracht wurden.

Vergleicht man die in der 2018 durchgeführten Untersuchung erhobenen Daten mit denjenigen aus dem Jahr 2015, scheint es, als sei die Frage der Verwirklichung der Rechte von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens weitaus weniger im Fokus, als dies früher der Fall war. Sogar 24 Kommunen verfügen über keine lokalen Aktionspläne zur Koordinierung von Maßnahmen und Aktivitäten derjenigen Behörden, die im Bereich Migration tätig sind und auch Sondermaßnahmen für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens vorgesehen haben. Im Gegensatz dazu betrug diese Zahl 2015 weitaus weniger – nur 13 Kommunen hatten keine verabschiedeten LAP's, die sich unter anderem auch auf Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens beziehen. Lokale Aktionspläne werden für unterschiedliche Kategorien erlassen – vor allem für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, während sich gesonderte Abschnitte auch auf Besonderheiten beziehen, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert sind.

## LOKALE AKTIONSPLÄNE

■ Für Rückkehrer verabschiedeter LAP   ■ Kein für Rückkehrer verabschiedeter LAP



Die Erhebung von Daten und deren Differenzierung nach unterschiedlichen Einwohnerkategorien (zum Beispiel nach Geschlecht, nationaler Angehörigkeit, dem Verhältnis städtischer zu ländlicher Bevölkerung, dem Bildungsgrad, Einkommen u. ä.) ist von ausschlaggebender Bedeutung für eine angemessene Planung von zu verabschiedenden Maßnahmen und Politiken zur Lösung von Fragen hinsichtlich der Verwirklichung der Ansprüche derjenigen Einwohnerkategorien, bei denen die Gefahr der Verletzung ihrer verbürgten Rechte größer ist, oder die aus traditionell diskriminierten oder marginalisierten Gruppen kommen. Auf einer detaillierteren als der nationalen Ebene differenzierte Daten sind für das Verständnis der Ursachen der Ungleichheit von außerordentlicher Bedeutung.<sup>5</sup> In diesem Sinne würde die Einführung eines Systems zur angemessenen Datenerhebung auch zu einer adäquateren Planung von Maßnahmen und Aktivitäten zur Verbesserung der Stellung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens beitragen. Die Republik Serbien wurde auf die Fragen der Differenzierung, Datenerhebung und Instandsetzung von Indikatoren zur Verfolgung der Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Rechte (die der Regel nach von besonderer Bedeutung für die Lösung der Probleme sind, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert werden) auch im letzten periodischen Berichtzyklus über die Umsetzung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hingewiesen. So hat der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die Bedeutung angemessen erhobener und relevanter Daten erkennend, der Republik Serbien empfohlen, ein auf den Schlüsselfaktoren für die Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte basierendes System zur Datenerhebung instand zu setzen, wie auch regelmäßige systematische Beurteilungen hinsichtlich eines eindeutigen Indikatorsatzes durchzuführen, die zur Messung der Verwirklichung dieser Rechte angewandt werden.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> United Nations, Office of the High Commissioner for Human Rights, A Human Rights-based Approach to Data, Leaving no one behind in the 2030 Agenda for Sustainable Development, p. 7, 2018, verfügbar unter: <<https://www.ohchr.org/Documents/Issues/HRIndicators/GuidanceNoteonApproachtoData.pdf>>

<sup>6</sup> Vereinte Nationen, Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Abschlussbemerkungen zum zweiten periodischen Bericht Serbiens, Paragraph 7, 2014, UN Doc. E/C.12/SRB/CO/2, verfügbar unter: <<http://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=4slQ6QSmlBEDzFEovLCuW54MWm13CZ4%2bVqIQ1kU7YRw1%2bWWofd2tBOLmHCPVP18p98WsDiiW2OUQ17gvnJpVvpoFywJlvYimxKtrPdaw9Jwf3ceQg2CIUHHGzVbrdD%2fa>>

## REGISTRIERUNG UND ERHEBUNG PERSÖNLICHER DATEN DER RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

Leider haben die durch die Untersuchung erhobenen Daten gezeigt, dass die Erhebung von Daten und relevanten Statistiken über die Anzahl, Struktur und andere, für das Verständnis der Probleme, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert sind, bedeutende Aspekte auch bis 2018 nicht angemessen gelöst wurde.

Die Daten werden derart erhoben, dass in den Antworten der Kommunen nur diejenigen Personen angegeben werden, die offiziell als Rückkehrer registriert sind. Die Daten zeigen, dass es in 45 Kommunen, die nach der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011 insgesamt 1.929.803 Einwohner haben, nur 1.506 registrierte Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens gibt<sup>7</sup> beziehungsweise 0,08% der Gesamteinwohner, die in diesen Städten und Gemeinden in der Vojvodina leben. Es ist vollkommen begründet davon auszugehen, dass diese Anzahl weitaus höher ist und dass es infolge dessen unmöglich ist, angemessene und effiziente Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens zu planen.

Auf der anderen Seite scheint es, als würde auf zentraler Ebene die Frage der Erhebung von Daten über Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, wenigstens derjenigen, die als sogenannte *unechte Asylbewerber* gelten, auf die Weise gelöst werden, dass ihre Rechte zusätzlich gefährdet sind. In den vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen des Sozialschutzgesetzes, die während des Sommers 2018 zur öffentlichen Debatte vorgelegt wurden, ist vorgesehen, dass die Sozialämter zur Erhebung von Daten über länger als 15 Tage andauernde Aufenthalte von Einzelpersonen und deren Familienmitgliedern im Ausland ermächtigt werden.<sup>8</sup>

### ANZAHL DER REGISTRIERTEN RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

1.929.803  
Gesamtbevölkerung

1.506  
Anzahl der registrierten Rückkehrer

=0,08 %

<sup>7</sup> Die Zahl 1.506 wurde durch das Addieren der von den Kommunen übermittelten genauen Daten und der Daten, die auf der von den Kommunen angegebenen Anzahl an Familien basieren, ermittelt. In diesen Fällen wurde von vierköpfigen Familien ausgegangen.

<sup>8</sup> Artikel 41 des Entwurfes zum Gesetz über die Änderungen und Ergänzungen des Sozialschutzgesetzes.

Nach den geltenden Vorschriften werden über den Aufenthalt einheimischer Staatsbürger im Ausland in einer Dauer von über 15 und unter 90 Tagen keine amtlichen Aufzeichnungen geführt. Erst im Falle, dass ein Staatsbürger der Republik Serbien beabsichtigt, sich länger als 90 Tage im Ausland aufzuhalten, ist er verpflichtet, dies dem Innenministerium zu melden. Hierüber werden amtliche Aufzeichnungen geführt. Im Gegensatz dazu werden die vorgesehenen Aufzeichnungen der Auslandsaufenthalte der Bürger in einer Dauer von über 15 Tagen, die von den zuständigen Sozialämtern zu führen wären, sicherlich Freiraum sowohl für einen untransparenten Austausch von Daten und deren unerlaubte Weiterbearbeitung schaffen, als auch für eine potentielle Einschränkung der Rechte derjenigen Bürger, die im konkreten Fall Anspruch auf Sozialleistungen verwirklichen.



## KAPAZITÄTEN ZUR INTEGRATION UND UMSETZUNG ÖRTLICHER POLITIKEN IN BEZUG AUF DIE VERWIRKLICHUNG VON RECHTEN DER RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

*Neben den bei der direkten Betreuung von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens durch die Ökumenische Hilfsorganisation erhobenen Daten, ist die Hauptaufgabe dieser Untersuchung die Erlangung eines Einblicks in die Kapazitäten der Kommunen zur Umsetzung örtlicher Politiken in Bezug auf die Verwirklichung der Rechte der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens.*

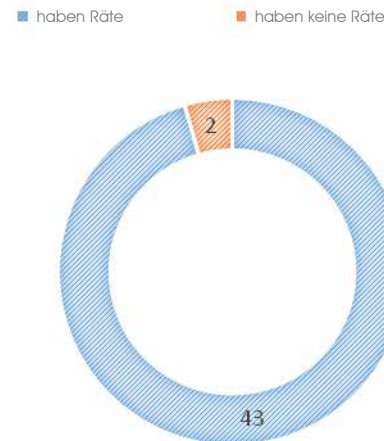
### MIGRATIONSRÄTE IN DEN KOMMUNEN IN DER VOJVODINA, IHRE ZUSTÄNDIGKEIT UND ZUSAMMENSETZUNG

Im Gegensatz zu einer großen Anzahl an Kommunen, die über keine verabschiedeten lokalen Aktionspläne in Bezug auf aufgenommene Rückkehrer verfügen, haben nur zwei Gemeinden in ihren Antworten angeführt, dass sie keine Migrationsräte eingerichtet haben. Das sind die Gemeinden Novi Kneževac und Titel, die auch keine registrierten Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens und keine zu diesem Zweck entzweigten Mittel oder einen verabschiedeten lokalen Aktionsplan haben.





## MIGRATIONSRÄTE



Die Zusammensetzung und Zuständigkeit der Migrationsräte unterscheidet sich nicht besonders von Kommune zu Kommune. In den meisten Fällen haben die Kommunen in ihren Antworten auf den Antrag auf Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung als Zuständigkeiten des Migrationsrates die durch das Gesetz über die Migrationssteuerung definierten Zuständigkeiten angegeben.<sup>9</sup> Diese Zuständigkeiten werden in Art. 12 des Gesetzes bestimmt, der besagt, dass die Aufgabe des Migrationsrates die Verfolgung der Migration und Berichterstattung gegenüber dem Kommissariat, die Unterbreitung von Programmen, Maßnahmen und Aktivitäten zur effizienten Migrationssteuerung auf ihrem Gebiet, wie auch andere Tätigkeiten im Bereich der Migrationssteuerung im Einklang mit dem Gesetz sind.

Durch das Gesetz über Migrationssteuerung ist weiterhin auch die Zusammensetzung des Migrationsrates definiert. In Art. 12 Absatz 3 des Gesetzes heißt es, dass der Migrationsrat der Regel nach aus Vertretern des Vollzugsorgans der Kommune (Gemeindevorsitzender/Bürgermeister oder Mitglied des Gemeinde-/Stadtrats), des Sozialamtes, der Polizeiverwaltung, der Beschäftigungsbehörde, einem Beauftragten und Vertreter der Gemeinde- beziehungsweise Stadtverwaltung besteht. Zudem können bei der Bildung des Migrationsrates fakultativ auch Vertreter der für Gesundheitswesen und Bildung zuständigen Einrichtungen, Vertreter aus für Migrationsfragen bedeutenden Vereinen, wie auch andere Personen, die für die Migrationssteuerung auf dem Gebiet der Gemeinde bedeutende Tätigkeiten ausüben, miteinbezogen werden.

Gleich wie bei der vorherigen Frage auch, haben die Kommunen angegeben, dass sich der Migrationsrat aus denjenigen Personen zusammensetzt, die im Gesetz als verpflichtende Mitglieder des Migrationsrates angegeben sind. Aber in Anbetracht der Probleme, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens bei der Verwirklichung ihrer Rechte konfrontiert sind, wie auch der Tatsache, dass diese Probleme häufig vielschichtig sind und die Zusammenarbeit unterschiedlicher örtlicher Akteure verlangen, ist es wichtig zu ermitteln, ob neben den „verpflichtenden“ Mitgliedern auch andere Akteure miteinbezogen werden sollten – vor allem diejenigen, die sich mit der Verwirklichung von Rechten im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Bildung befassen, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die häufig ein Bindeglied zwischen den Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens und den örtlichen Verwaltungsbehörden darstellen. Mit Ausnahme derjenigen Kommunen, die in den Bescheiden über die Gründung des Migrationsrates nur die Vor- und Nachnamen der Ratsmitglieder (insgesamt fünf) angeben, wie auch zweier Kommunen, die über keine gebildeten Migrationsräte verfügen, haben die meisten Städte und Gemeinden neben den verbindlichen Ratsmitgliedern auch andere Mitglieder, die sich mit für Migrationen bedeutenden Fragen befassen. In den meisten Fällen befinden sich in der Zusammensetzung der Migrationsräte auch Vertreter des örtlichen Roten Kreuzes und der örtlichen Geschäftsstellen der Nationalen Beschäftigungsbehörde. In einer geringeren Anzahl an Fällen sind auch Vertreter von Institutionen aus dem Gesundheitsbereich in die Tätigkeit der Migrationsräte miteinbezogen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Direktoren oder andere Personen, die in den örtlichen Krankenstationen tätig sind, oder um für das Gesundheitswesen zuständige Mitglieder des Gemeinderats.

<sup>9</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 107/2012

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Flüchtlingsvereine sind in einer noch geringeren Anzahl an Fällen in den Migrationsräten vertreten. Nur 9 Kommunen haben Organisationen, die sich mit für Migration bedeutenden Fragen befassen, in die Arbeit der Migrationsräte miteinbezogen. Zu diesen gehören die Stadt Novi Sad, in deren Migrationsrat Vertreter der Ökumenischen Hilfsorganisation präsent sind, die Gemeinde Ruma, die Vertreter des novisader Hilfszentrums an ihrem Migrationsrat beteiligt, die Gemeinde Srbobran, die über zwei Ratsmitglieder verfügt, die aus der Koalition der Flüchtlingsvereine in der Republik Serbien kommen, wie auch die Stadt Zrenjanin, die Vertreter von Gemeindevereinen zur Unterstützung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in die Arbeit des Migrationsrates miteinbezieht. Besonders wichtig ist, dass in den Antworten auf die Anträge auf Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung ausschließlich Sremska Mitrovica angegeben hat, dass sich im Migrationsrat auch ein Flüchtlingsvertreter befindet. Auch die Stadt Vršac und die Gemeinden Indija,

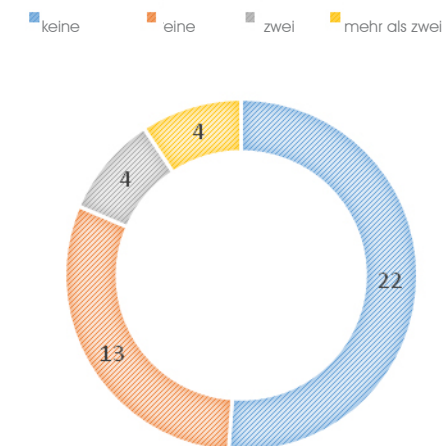


## BETEILIGUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN AN DER ARBEIT DER MIGRATIONSRATE



Irig, Kovačica und Šid beteiligen an der Arbeit ihrer Migrationsräte auch Vertreter der Zivilgesellschaft.

## ANZAHL DER 2017 ABGEHALTENEN SITZUNGEN DES MIGRATIONSRAATES



Die Häufigkeit der Sitzungen, die vom Migrationsrat auf lokaler Ebene abgehalten werden, ist ein weiteres Kriterium, das in der durchgeführten Untersuchung analysiert wurde. In Anbetracht dessen, dass der Migrationsrat das zentrale Gremium darstellt, das sich mit der Koordination und Unterbreitung von Maßnahmen und Aktivitäten zur effizienten und erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen der örtlichen Integration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens befasst, stellt die Anzahl der abgehaltenen Sitzungen eine der potentiellen Kennzahlen zur Beurteilung der Funktionalität eines derartigen Ansatzes hinsichtlich der Integration und Verwirklichung der Menschenrechte der aufgenommenen Rückkehrer dar.

## HAUSHALTSMITTEL FÜR DIE UMSETZUNG ÖRTLICHER POLITIKEN IN BEZUG AUF DIE VERWIRKLICHUNG DER RECHTE VON RÜCKKEHRERN AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

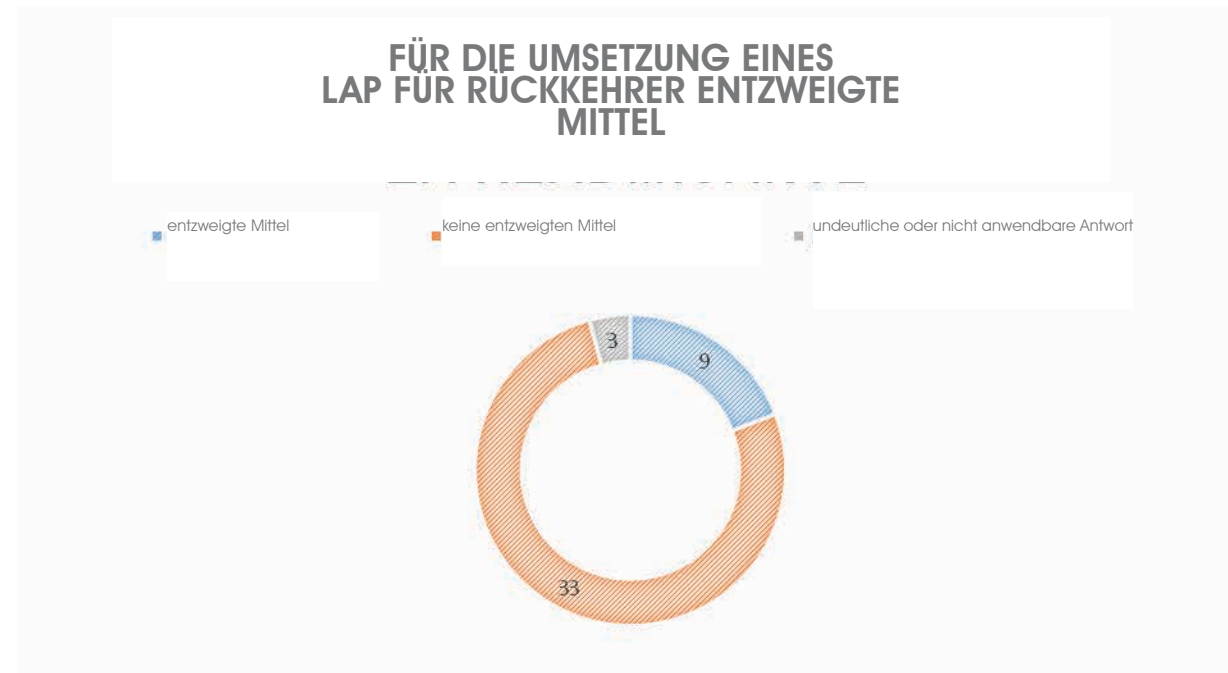
***Wenn in der Republik Serbien von den Rechten der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens die Rede ist, wird am häufigsten über ihre Integration, soziale Marginalisierung oder die Verbesserung ihrer Stellung gesprochen.***

Obwohl diese Begriffe nützlich sind, um zu verstehen, in welche Richtung an der Verwirklichung der Rechte dieser benachteiligten Einwohnerkategorie gearbeitet werden muss, entfernt man sich durch ihren Gebrauch vom Wesen der Integration selbst und der Lösung der Frage der sozialen Marginalisierung. Das Wesen der Verwirklichung der Ansprüche der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens liegt gerade in der Verwirklichung ihrer verbürgten wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Die Lösung von Problemen wie der Beschäftigung, der Verbesserung der Wohnverhältnisse oder der Fortsetzung der Schulbildung in der Republik Serbien stellt nichts anderes als die Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Rechte dar (oder die Schaffung von Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser Rechte im Falle des Zugangs zu persönlichen Dokumenten).

Bis vor kurzem wurden die Verpflichtungen des Staates hinsichtlich der verbürgten wirtschaftlichen und sozialen Rechte und die sich auf die Sicherstellung von Haushaltsmitteln zu diesem Zweck beziehenden Beschlüsse als von einander getrennte Fragen gesehen, die sich nicht gegenseitig beeinflussen. Paradoxe Weise haben die Weltwirtschaftskrise und die danach erfolgten Sparmaßnahmen auf die Notwendigkeit der gegenseitigen Verknüpfung dieser „zwei Welten“ wie auch darauf hingewiesen, dass Beschlüsse, die sich auf die Zuweisung von Haushaltsmitteln beziehen, derart zu treffen sind, dass sich die Effekte ihrer Umsetzung nicht unverhältnismäßig auf diejenigen auswirken, die eine schlechtere gesellschaftliche Stellung einnehmen – Angehörige marginalisierter und diskriminierter Gruppen oder andere, die mit Herausforderungen bei der Verwirklichung ihrer Rechte konfrontiert sind.<sup>10</sup>

<sup>10</sup>Für mehr Informationen zum Verhältnis der Haushaltspolitik und wirtschaftlicher und sozialer Rechte siehe: UN, Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Erklärung, öffentliche Verschuldung, Sparmaßnahmen und Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, UN DOC E/C.12/2016/1, 22 Juli 2016 und Europarat, Kommissar für Menschenrechte, Verwirklichung von Menschenrechten zur Zeit der Wirtschaftskrise, Themenbericht, 2013, verfügbar unter: <https://rm.coe.int/safeguarding-human-rights-in-times-of-economic-crisis-issue-paper-publ/16806daa3f>

Deshalb sind die durch die Untersuchung erhobenen Daten für das Verständnis der realen Kapazitäten der Kommunen zur effizienten und systematischen Lösung der Probleme von Bedeutung, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert werden. In 11 Städten und Gemeinden der Vojvodina wurden Haushaltsmittel für die Bedürfnisse der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens entzweigt. Von dieser Zahl haben zwei Gemeinden – Alibunar und Kovin – keine verabschiedeten lokalen Aktionspläne, aber verfügen über sichergestellte Mittel zur Implementierung des LAP, so dass davon ausgegangen wird, dass es sich um Mittel handelt, die zur Lösung von Problemen vorgesehen sind, mit denen andere benachteiligte Gruppen zu kämpfen haben – Flüchtlinge, Binnenvertriebene und/oder Asylbewerber oder dass es sich um falsche Antworten handelt.



Aufgrund der erhaltenen Angaben ist es nicht möglich, mit Sicherheit festzustellen, ob der Betrag der entzweigten Mittel mit der höheren Anzahl der registrierten Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens korrespondiert beziehungsweise, ob die höhere Anzahl an Rückkehrern in einer Kommune auch einen größeren Umfang an für die Lösung ihrer Probleme entzweigten Mitteln bedeutet. So hat die Stadt Zrenjanin zum Beispiel 525 registrierte Rückkehrer und für die „Unterstützung für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens“ Haushaltsmittel in Höhe von 13.918.336,00 Dinar entzweigt. Da in der Antwort jedoch keine genauen Mittel zur Deckung der Bedürfnisse der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens angegeben sind, ist es nicht möglich festzustellen, ob diesbezüglich eine Art Gesetzmäßigkeit besteht. Dasselbe ist auch bei der Gemeinde Žitište der Fall, die 82 registrierte Rückkehrer hat und in der „für den gesamten Bedarf des Kommissariats (für Flüchtlinge) und die Teilnahme der Gemeinde an öffentlichen Aufrufen“ ein Betrag von 4.500.000,00 Dinar entzweigt wurde. Das sind zugleich auch die Kommunen mit den höchsten entzweigten Haushaltsmitteln zur Verwirklichung der Rechte von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens. Der geringste Betrag wurde mit 220.000,00 Dinar von der Gemeinde Senta sichergestellt.

eines LAP für Rückkehrer verfügen, insgesamt sichergestellten Haushaltsmittel betragen mindestens rund 24 Millionen Dinar<sup>11</sup>, wobei hier jedoch auch die Bedürfnisse anderer unterstützungsbedürftiger Einwohnerkategorien miteinzubeziehen sind, vor allem Flüchtlinge und Binnenvertriebene.

Hinsichtlich der restlichen 33 Kommunen stellt sich die Frage, auf welche Weise die lokalen Aktionspläne implementiert werden können, wenn keinerlei Mittel für ihre Umsetzung entzweigt wurden. Die Nichtsicherstellung von Mitteln zur Umsetzung lokaler Aktionspläne zur Implementierung öffentlicher Politiken ist eine „altbekannte Krankheit“ in der Republik Serbien, die in vereinzelten Fällen zur einer ineffizienten und unangemessenen Umsetzung bedeutender strategischer Dokumente geführt hat. Das war vor allem mit der Strategie zur Verbesserung der Stellung der Roma in der Republik Serbien im Zeitraum von 2009 bis 2015 und den Aktionsplänen zu ihrer Implementierung der Fall. Hierbei hat sich gezeigt, dass in denjenigen Gebieten, in denen für die Umsetzung der zur Verbesserung der Stellung der Roma in Serbien vorgesehenen Maßnahmen und Aktivitäten keine Mittel sichergestellt wurden, auch keinerlei Ergebnisse erzielt wurden.

Obwohl die Instandsetzung eines Systems der unentgeltlichen Rechtshilfe in den Kommunen

## UNENTGELTLICHE RECHTSHILFE FÜR RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHME-ABKOMMENS

**Ein bedeutender Teil der Probleme, mit denen die Rückkehrer konfrontiert sind, bezieht sich auf bei Verwaltungsbehörden oder anderen Einrichtungen geführte Verfahren. Deshalb ist das System der unentgeltlichen Rechtshilfe für einen systematischen Ansatz zur Lösung der Probleme dieser Einwohnerkategorie wichtig.**

eine verfassungsrechtliche Verpflichtung ist, hat Serbien immer noch kein Gesetz über unentgeltliche Rechtshilfe<sup>12</sup> noch hat sich in der Untersuchung gezeigt, dass die Städte und Gemeinden in der Vojvodina in Gänze funktionierende Systeme zur Erbringung von unentgeltlichen Rechtshilfeleistungen an bedürftige Bürger installiert haben.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass von 45 Kommunen in der Vojvodina sogar 17 keinen unentgeltlichen Rechtshilfedienst besitzen. Das sind folgende Städte und Gemeinden: Ada, Alibunar, Bač, Bačka Palanka, Bela Crkva, Beočin, Čoka, Kovačica, Novi Bečej, Novi Kneževac, Opovo, Pećinci, Plandište, Srbobran, Subotica, Temerin und Titel.

Von der Begrenztheit der Kapazitäten zur Erbringung unentgeltlicher Rechtshilfeleistungen in den Kommunen zeugt auch die

<sup>11</sup> Wir geben einen „Mindestbetrag“ an, da die Gemeinde Sid keinen genauen Betrag der entzweigten Mittel angegeben, sondern in der Antwort angeführt hat, dass 5% der vom Flüchtlings- und Migrationskommissariat an die Gemeinde übertragenen Gesamtmittel zur Lösung der Probleme der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens eingesetzt werden.

<sup>12</sup> Zum Zeitpunkt der Berichterstellung wurde das Gesetz dem Parlament vorgelegt.

Angabe, dass von 28 Städten und Gemeinden, die unentgeltliche Rechtshilfedienste instand gesetzt haben, 8 in ihren Antworten darauf hingewiesen, dass die unentgeltlichen Rechtshilfedienste in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren installiert wurden – von der Rechtsanwaltskammer der Vojvodina, über die Kanzlei für Kosovo und Metochien bis zur Zusammenarbeit über ein Projekt das von der zivilgesellschaftlichen Organisation Balkanzentrum für Migration und Hilfsaktionen durchgeführt wird. Dadurch wird nochmals die Notwendigkeit betont, durch ein neues Gesetz über unentgeltliche Rechtshilfe auch die Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Erbringung unentgeltlicher Rechtshilfe anzuerkennen und im Einklang mit den strategischen Bemühungen der Republik Serbien in diesem Bereich<sup>13</sup> die bestehenden Kapazitäten zur Erbringung unentgeltlicher Rechtshilfe maximal auszunutzen, so dass den bedürftigsten Bürgern Zugang zu Gerechtigkeit ermöglicht wird. Zudem haben die erhobenen Daten gezeigt, dass nicht in allen Kommunen Kapazitäten zur Erbringung unentgeltlicher Rechtshilfeleistungen notwendig sind. In der Gemeinde Irig wurden zum Beispiel 2017 nur 9 unentgeltliche Rechtshilfeleistungen erbracht, während es in der Stadt Pančevo im gleichen Zeitraum 1.282 Leistungen waren.

Von 28 Kommunen war es zweien nicht möglich, Angaben zur Anzahl der erbrachten unentgeltlichen Rechtshilfeleistungen zu machen, während andere zwei die Antworten auf diesen Teil des Antrags auf Zugang zu Informationen von öffentlicher Bedeutung ausgelassen haben. Infolge dessen kann man sagen, dass durch diese unentgeltlichen Rechtshilfedienste mindestens 7.552 unentgeltliche Rechtshilfeleistungen erbracht wurden. Angaben über die Anzahl an Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens, die eine Art von unentgeltlicher Rechtshilfeleistung dieser Dienste in Anspruch genommen haben, stehen nicht zur Verfügung und zur Erhebung derartiger Daten müsste eine zusätzliche Untersuchung durchgeführt werden.

## UNENTGELTLICHE RECHTSHILFEDIENSTE (URHD) IN DEN KOMMUNEN



<sup>13</sup> Regierung der Republik Serbien, Strategie zur Instandsetzung eines Systems der unentgeltlichen Rechtshilfe in der Republik Serbien, veröffentlicht im „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 74/2010 vom 15.10.2010.

## SCHLÜSSELBEREICHE, IN DENEN RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS ZUSÄTZLICHE UNTERSTÜTZUNG BENÖTIGEN

Schon in der Strategie zur Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens<sup>14</sup>, dem ersten und allumfassenden strategischen Dokument, in dem der Zustand hinsichtlich der Verwirklichung der Rechte von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens analysiert und spezifische Ziele und Maßnahmen wie auch Aktivitäten zu deren Erfüllung vorgeschlagen werden, wurden Schwerpunktbereiche definiert, die für die Verwirklichung der Rechte von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens von Bedeutung sind.

**Die Schwerpunktbereiche beziehen sich vor allem auf die Regelung der Staatsangehörigkeit und Einholung persönlicher Dokumente, Wohnpolitik, Beschäftigung, soziale Leistungen, Gesundheit und Bildung.**

Durch die Strategie zur Verbesserung der Stellung der Roma in der Republik Serbien<sup>15</sup> wurden im Rahmen derjenigen Bereiche, mit denen sich die Strategie befasst, die Stellung und besonderen Umstände der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens im Besonderen hervorgehoben.

Dieser Ansatz wurde durch die Erlassung einer neuen Strategie zur sozialen Inklusion der Roma und Romnija in der Republik Serbien für den Zeitraum von 2016 bis 2025 verworfen<sup>16</sup>.

In diesem neuen strategischen Dokument werden die Rechte der aufgrund des Rückübernahmeabkommens zurückgeführten Personen nicht als gesonderte Gruppe hervorgehoben, sondern ihre Stellung und besondere Benachteiligung, die sich auf eine erschwerte Verwirklichung ihrer verbürgten Rechte auswirken, werden in gewissen Bereichen erwähnt. In dieser Strategie werden als besonders bedeutende Ziele, die sich auch auf die Stellung der aufgrund des Rückübernahmeabkommens zurückgekehrten Personen beziehen, diejenigen betont, die sich auf die Förderung eines Systems der lokalen Integration und ihre soziale Inklusion durch die Zusammenarbeit aller sozialen Akteure in der lokalen Gemeinschaft, wie auch die Sicherstellung einer entsprechenden Bildungsunterstützung für Kinder, die aufgrund des Rückübernahmeabkommens nach Serbien zurückgekehrt sind, beziehen.

<sup>14</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 15/2009 vom 27.2.2009

<sup>15</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 27/2009 vom 21.4.2009

<sup>16</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 26/2016 vom 10.3.2016

## SCHWERPUNKTGRUPPEN IM RAHMEN DER LOKALEN AKTIONSPÄNE

**Eine Analyse der lokalen Aktionspläne hat gezeigt, dass die meisten Kommunen in ihren strategischen Dokumenten sogenannte Schwerpunktgruppen bestimmt haben, die eine zusätzliche Unterstützung zur Lösung der Probleme benötigen, mit denen sie bei der Verwirklichung ihrer verbürgten Menschenrechte konfrontiert sind.**

Da lokale Aktionspläne für unterschiedliche Gruppen verabschiedet werden – Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, ist es wichtig festzustellen, in welchen Fällen die Rückkehrer als Schwerpunktgruppe bestimmt sind, wie auch in welchen Fällen im Rahmen dieser Bevölkerungsgruppe denjenigen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, die aufgrund anderweitiger Umstände – schwere Armut, Behinderung, Krankheit oder sonstiges – zusätzlich benachteiligt sind.

Als Schwerpunktgruppen werden im Rahmen des LAP am häufigsten Flüchtlinge und Binnenvertriebene genannt, die keine bleibende Unterkunft haben, unter unakzeptablen oder unangemessenen Bedingungen leben oder über keine Mittel zur Vollendung der Häuser haben, in denen sie leben. Es werden zudem arbeitslose Personen, aufgrund des Rückübernahmeabkommens zurückgeführte arbeitsfähige Personen oder Personen hervorgehoben, die dieser Gruppe angehören und über keine entsprechende Qualifikation für den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt in der Gemeinde, in der sie leben, verfügen und „Unterstützung der Gesellschaft zur Selbstbeschäftigung“ benötigen.

Zudem werden in den LAP's als prioritäre Gruppen bei der Problemlösung auch mehrköpfige und Mehrgenerationenfamilien aus der Gruppe der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen oder Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, Frauen, alleinerziehende Eltern, Familien oder Personen aus dieser Gruppe, die behindert sind oder ein behindertes Familienmitglied haben, wie auch Opfer häuslicher Gewalt angegeben.

Es scheint, dass die meisten Städte und Gemeinden in der Vojvodina den Kreis derjenigen Personen, deren Problemen im Rahmen der LAP's besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, sehr weit gefasst haben, so dass sich die Frage stellt, wie es möglich ist, alle diese Prioritäten mit den begrenzten verfügbaren Mitteln und Ressourcen zu befriedigen. Zum Beispiel definiert die Gemeinde Beočin im Rahmen des LAP als Schwerpunktgruppen mindestens vierzehn unterschiedliche Kategorien von Personen mit besonderen Benachteiligungen wie Behinderung, Alter, chronische Erkrankung, Wohnverhältnisse, Ausbildungsgrad, Beschäftigungsstatus und ähnliches. Eine ähnliche, wenn nicht sogar größere Anzahl an Schwerpunktgruppen werden im Rahmen des LAP in der Gemeinde Kikinda bestimmt.

Hinsichtlich der Stellung der Frauen im Rahmen der Gruppe der Rückkehrer, Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, auf die sich die lokalen Aktionspläne beziehen, hat die Gemeinde Kanjiža bestimmt, dass in jeder

der im Rahmen des lokalen strategischen Dokuments genannten Gruppe Frauen eine besondere Priorität besitzen. Das ist zugleich auch eine Kommune, die in ihrer Antwort die besondere benachteiligte Stellung von Frauen im Rahmen der Bevölkerungsgruppe betont hat, auf die sich der LAP bezieht. Obwohl auf diese Weise die Vielschichtigkeit der Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen aus der Gruppe der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen oder Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens hervorgehoben wird, verbleibt die Frage, auf welche Weise diese Tatsache operationalisiert wird – ob durch Sonderprogramme, die zur Verwirklichung der Rechte von Frauen aus dieser Bevölkerungsgruppe vorgesehen sind, oder andere Maßnahmen, die die besondere Gefährdung der Frauen in dieser Gruppe berücksichtigen.

Letzendlich heben hinsichtlich der Bestimmung besonders benachteiligter Personen im Rahmen der schon benachteiligten Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, die Städte und Gemeinden in der Vojvodina generell diejenigen Personen hervor, die über „keine bleibende Unterkunft verfügen“ und in unvollendeten Eigenheimen oder unangemessenen Objekten oder als Untermieter leben, Miete zahlen oder nicht in der Lage sind, den begonnenen Hausbau selbständig zu vollenden. In diesem Sinne ist es besonders wichtig zu betonen, dass mit Ausnahme der Gemeinde Šid Personen, die in einer Art informeller Unterkunft leben, nicht als besonders gefährdete Gruppe innerhalb der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens hervorgehoben werden. In allen anderen Fällen besitzen die Personen, die keine bleibende Unterkunft besitzen und die im Rahmen des LAP besonders unterstützt werden, schon eine rechtliche Wohngrundlage – entweder einen Mietvertrag, das Eigentumsrecht an den unangemessenen oder unvollendeten Häusern oder etwas anderes. Durch eine derartige Bestimmung der Schwerpunktgruppen können die Kommunen riskieren, in ihren strategischen Dokumenten zur Lösung der Probleme der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens zu vergessen, Maßnahmen und Aktivitäten für die Bedürftigsten im Rahmen dieser Gruppe vorzusehen – Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens aus informellen Siedlungen, die am häufigsten keine rechtliche Wohngrundlage besitzen und in unangemessenen Häusern leben.

## SCHWERPUNKTBEREICHE ZUR VERBESSERUNG DER STELLUNG DER RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

**Wie schon erwähnt, werden durch die Strategie zur Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens als bedeutendste Bereiche, in denen Eingriffe zwecks Verbesserung der Stellung der Rückkehrer notwendig sind, Fragen bezüglich persönlicher Dokumente, der Wohnverhältnisse, Beschäftigung, sozialer Leistungen, des Zugangs zum Gesundheitsschutz und Bildung angeführt.**

Trotzdem sind in keinem der lokalen Aktionspläne, die analysiert wurden, Maßnahmen vorgesehen, die den Zugang zu sozialen Leistungen, Gesundheitsschutz oder Bildung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens verbessern würden.

Die Frage der Beschäftigung und Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens wird in einer bestimmten Anzahl lokaler Aktionspläne angesprochen. Die in diesem Bereich am häufigsten vorgesehenen Maßnahmen beziehen sich auf die wirtschaftliche Stärkung durch die Beteiligung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens (wie auch der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen) an Umschulungs- und Ausbildungsprogrammen, die in Zusammenarbeit mit der Nationalen

Beschäftigungsbehörde und anderen Akteuren organisiert werden. Zudem haben vereinzelte Kommunen Unterstützung für die Selbstbeschäftigung von Binnenvertriebenen durch einen lokalen Fonds zur Gründung kleiner Familienunternehmen vorgesehen. Hinsichtlich der Beschäftigung und wirtschaftlichen Stärkung ist in vereinzelten Fällen als Maßnahme zur Verbesserung des bestehenden Zustandes auch die Beteiligung von (Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und) Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens an öffentlichen Arbeiten angeführt, alles zum Ziele der Verbesserung ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten. In denjenigen Fällen, in denen die Städte und Gemeinden besondere Bereiche hervorgehoben haben, in denen die Umsetzung von Selbstbeschäftigungsmaßnahmen geplant ist, waren das am häufigsten Maßnahmen im Bereich der Produktion, des Handwerks und Dienstleistungssektors.

## VERWIRKLICHUNG DES RECHTS AUF PERSÖNLICHE DOKUMENTE FÜR RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

Die Verwirklichung dieses Rechts wurde in vielerlei Hinsicht durch die Verabschiedung des Gesetzes über den Aufenthaltsort und Wohnsitz der Bürger<sup>17</sup> verbessert, durch das ermöglicht wurde, dass diejenigen Personen, die ihre Wohnadresse nicht als ständigen Wohnsitz anmelden können, weil sie dort ohne rechtliche Grundlage wohnen, die Adresse des Sozialamtes der Gemeinde, in der sie leben, als ständigen Wohnsitz angeben können. Zudem wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes über Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes über außergerichtliche Verfahren<sup>18</sup> und die Regelung des Verfahrens zur Ermittlung des Geburtsdatums und Geburtsortes „rechtlich unsichtbarer“ Personen ermöglicht, dass auch diejenigen Personen Angaben zum Geburtsdatum und -ort in öffentliche Register eintragen lassen können, denen es nicht möglich ist, alle für den erfolgreichen Abschluss dieses Verfahrens vor den Verwaltungsbehörden notwendigen Nachweise zu erbringen.

**Die Verwirklichung des Rechts auf persönliche Dokumente ist sicherlich eine der bedeutendsten Fragen, die gelöst werden muss, um den aufgrund des Rückübernahmeabkommens zurückgeführten Personen zur ermöglichen, ihre verbürgten Menschenrechte zu verwirklichen.**

Obwohl viele der Voraussetzungen für die Lösung der Frage des Zugangs zu persönlichen Dokumenten gelöst wurden, können bestimmte Fragen immer noch ein Problem bei der Beschaffung persönlicher Dokumente durch Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens darstellen. Sie beziehen sich vor allem auf ihre Aufgeklärtheit über diese gesetzlichen Lösungen, den Zugang zu unentgeltlichen Rechtshilfediensten und Möglichkeiten der Beschaffung von Dokumenten aus dem Ausland und deren späterer Übersetzung, um sie in den Verfahren vor den Verwaltungsbehörden der Republik Serbien nutzen zu können. Trotz alldessen hat sich gezeigt, dass nur die Gemeinde Indija als eine der Schwerpunktgruppen im Rahmen des lokalen Aktionsplans Flüchtlinge und Binnenvertriebene angeführt hat, die ungelöste Rechtsprobleme beziehungsweise Probleme mit der Beschaffung persönlicher Dokumente haben. In den restlichen Kommunen wurde die Frage des Zugangs zu persönlichen Dokumenten als Voraussetzung zur Verwirklichung sonstiger Rechte der Rückkehrer nicht im Besonderen hervorgehoben.

<sup>17</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 87/2011, vom 21.11.2012  
<sup>18</sup> „Amtsblatt der Republik Serbien“ Nr. 85/2012 vom 31.8.2012

## VERWIRKLICHUNG DES RECHTS AUF EINE ANGEMESSENE UNTERKUNFT FÜR RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS

**Die Lösung der Wohnbedürfnisse der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens ist eine der bedeutendsten und wahrscheinlich anspruchsvollsten Fragen, mit der die Kommunen konfrontiert sind, die sich mit der Verbesserung der Stellung dieser Personen befassen.**

Das ist vor allem deshalb der Fall, weil in Serbien eine große Anzahl an Personen lebt, die eine Unterkunft benötigen – von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Untermietern, behinderten Personen, Obdachlosen bis hin zu denjenigen, die mit ihrem Einkommen nicht die monatlichen Wohnkosten decken können. Zudem ist die Frage der Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Unterkunft der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens auch deshalb von Bedeutung, weil die Kapazitäten zur Deckung des Wohnbedarfs begrenzt sind, sowohl in technischer, als auch finanzieller und sonstiger Hinsicht. Auch in der Strategie zur Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens wird angeführt: „die Lösung der Wohnungsfrage gilt als eine der Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Integration der Rückkehrer“<sup>19</sup>.

Die Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Unterkunft ist auch von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung anderer Menschenrechte. Ohne die Sicherheit einer festen Wohnung und des Lebens in einem angemessenen Wohnraum können auch sonstige wirtschaftliche und soziale Rechte nicht in vollem Maße verwirklicht werden. Was hilft jemandem schon die Tatsache, dass er einen Anspruch auf soziale Leistungen verwirklicht, wenn er im ständigen Risiko vor der Zwangsräumung lebt und wie überwinden in informellen Siedlungen lebende Kinder Bildungsschwierigkeiten sind nur einige der Fragen, die die gegenseitige Abhängigkeit wirtschaftlicher und sozialer Rechte und die Bedeutung des Anspruchs auf eine angemessene Unterkunft zur Verwirklichung dieser Rechte illustrieren.

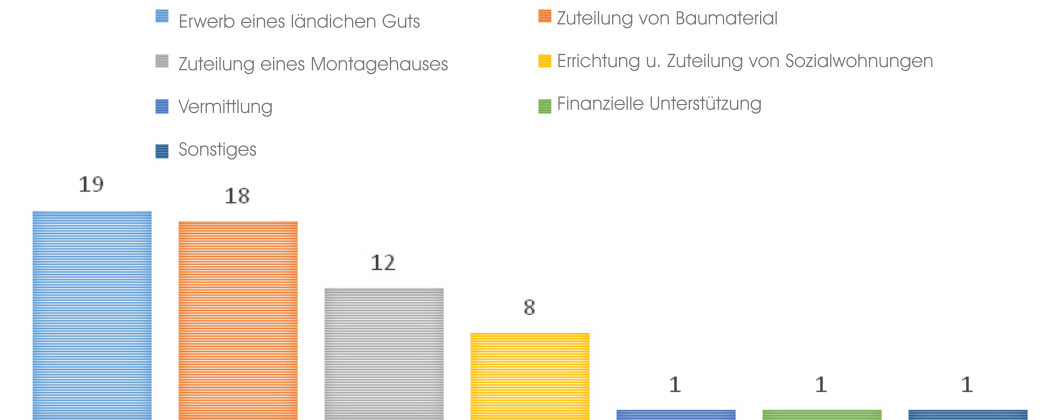
Die durch die Untersuchung gewonnenen Ergebnisse haben gezeigt, dass die meisten Kommunen in ihren LAP's für Rückkehrer die Lösung der Wohnfrage vorgesehen haben. Dennoch stellen sich diesbezüglich einige Fragen.

<sup>19</sup> Strategie zur Reintegration von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens, S. 12.

Die erste Frage bezieht sich auf die Verfolgung der Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen und Aktivitäten vor allem hinsichtlich der Verwirklichung der Rechte der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens und ihrer Integration nach der Rückkehr nach Serbien. Es hat sich gezeigt, dass die sich auf eine Form der Wohnunterstützung beziehenden Maßnahmen in allen Städten und Gemeinden, die sie vorgesehen haben, insgesamt sowohl für Flüchtlinge, als auch für Binnenvertriebene und Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens vorgesehen sind. So lässt sich zum Beispiel aus der Angabe, dass im Zeitraum von 2017 – 2021 in der Gemeinde Apatin für mindestens 20 Familien von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Rückkehrern über ein Programm des Erwerbs landwirtschaftlicher Güter eine bleibende Unterkunft sichergestellt werden soll, nicht darauf schließen, wie viele Rückkehrer durch die Umsetzung dieser Maßnahmen eine Unterkunft erhalten werden. Die Gemeinde Apatin dient in diesem Fall nur als Beispiel. Dieselbe Situation herrscht auch in anderen Städten und Gemeinden vor – Maßnahmen der Wohnunterstützung werden nicht ausschließlich für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens geplant und umgesetzt, noch gibt es besondere Zielsetzungen und Indikatoren, die sich im Besonderen auf Rückkehrer beziehen. Infolge dessen ist es auch nicht möglich, auf angemessene Weise zu verfolgen, ob und welche der Bedürfnisse dieser besonders benachteiligten Gruppe durch die Umsetzung lokaler strategischer Dokumente gelöst werden.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Nachhaltigkeit der langfristigen Unterbringungslösungen für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens. Die sichergestellten Unterkünfte sind nämlich in den meisten Fällen dieselben, wie sie auch für andere benachteiligte Gruppen vorgesehen sind. Sie beziehen sich vor allem auf Sozialwohnungen, den Erwerb ländlicher Güter, die Zuteilung von Baumaterial und die Sicherstellung von Montagehäusern. Gerade aus den oben genannten Gründen, die sich auf die gegenseitige Abhängigkeit wirtschaftlicher und sozialer Rechte und die Bedeutung des Anspruchs auf eine angemessene Unterkunft für die Verwirklichung anderer Rechte beziehen, ist es notwendig, dass die Programme der Wohnunterstützung durch andere Maßnahmen ergänzt werden, die die wirtschaftliche Stärkung

## DIE HÄUFIGSTEN WOHLNLSÖSUNGEN FÜR RÜCKKEHRER AUFGRUND DES RÜCKÜBERNAHMEABKOMMENS



und soziale Inklusion benachteiligter Gruppen zum Ziel haben. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass in denjenigen Fällen, in denen den bedürftigsten Gruppen Wohnunterstützung geboten wird, diese von einer ganzen Reihe an Maßnahmen und Aktivitäten begleitet werden muss, die zum Ziel haben, die Unterbringung zur ersten Voraussetzung der weiteren sozialen Inklusion dieser Gruppen zu machen indem sie durch einen entsprechenden Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, sozialen Leistungen, Gesundheitsschutz und Bildung ergänzt wird.

Die dritte Frage bezieht sich auf die Angemessenheit der angebotenen Lösungen und ihre Anpassung an die tatsächlichen Probleme, mit denen die gefährdetsten Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens konfrontiert sind. Wie schon erwähnt, beziehen sich die meisten der vorgesehenen Maßnahmen auf Programme des Erwerbs ländlicher Güter, die Zuteilung von Baumaterial, die Sicherstellung von Montagehäusern oder die Lösung der Wohnbedürfnisse durch die Errichtung sozialer Wohnungen. Durch eine Analyse der vorgesehenen Lösungen kommt man sehr leicht zu dem Schluss, dass durch diese Programme diejenigen befriedigt werden, die das Eigentumsrecht am Grundstück besitzen, auf dem das Montagehaus errichtet wird, oder an den Häusern, für dessen Fertigstellung Unterstützung in Form von Baumaterial benötigt wird. Im Gegensatz dazu stehen denjenigen Personen, die keinerlei Eigentum besitzen, zwei Möglichkeiten zur Verfügung – der Erwerb eines ländlichen Gutes und die Lösung der Wohnfrage durch die Errichtung sozialer Wohnungen und eine spätere Ausschreibung für die Zuteilung in der Kommune. Eine Ausnahme davon stellt die Gemeinde Pećinci dar, die durch den LAP vorgesehen hat, dass die Montagehäuser zur Errichtung auf Gemeindegrundstücken zugeteilt werden, und die Stadt Subotica, wo vorgesehen ist, dass die Montagehäuser sowohl Personen zugeteilt werden können, die ein entsprechendes Grundstück besitzen, während für diejenigen, die keines besitzen, die Errichtung der Montagehäuser auf städtischen Grundstücken vorgesehen ist.

Auf der anderen Seite hat sich das Programm des Erwerbs ländlicher Güter allein als unzureichend für die soziale Inklusion der gefährdetsten Gruppen erwiesen, und zwar gerade aus dem Grund des Nichtbestehens von Förderprogrammen zur Lösung anderer sozialer Probleme, mit denen diese Personen konfrontiert sind – Zugang zu sozialen Leistungen und Gesundheitsschutz, Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zuteilung sozialer Wohnungen muss derart erfolgen, dass die Bedürftigsten vor allem entsprechend über das Bestehen von Ausschreibungen für Sozialwohnungen informiert werden und danach Unterstützung bei der Einholung der notwendigen Dokumente und der Beantragung einer derartigen Wohnung erhalten. Letztendlich ist es in vereinzelt Fällen notwendig, zusätzliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Bezahlbarkeit der Sozialwohnungen in denjenigen Fällen vorzusehen und umzusetzen, in denen diese Personen zugeteilt werden, die ausschließlich auf soziale Leistungen angewiesen sind.

# SCHLUSSFOLGERUNG UND EMPFEHLUNGEN

***Trotz der großen Anzahl an Personen, die aufgrund des Rückübernahmeabkommens nach Serbien zurückkehren, hat die Untersuchung gezeigt, dass die Kapazitäten der Kommunen zur Lösung der besonderen Probleme dieser gefährdeten Einwohnerkategorie begrenzt sind.***

Vor allem ist die Tatsache besorgniserregend, dass die Situation hinsichtlich der Anzahl an Städten und Gemeinden, die durch die Verabschiedung eines lokalen Aktionsplans ein System instand gesetzt haben, weitaus schlechter ist, als 2015, als die vorherige Untersuchung durchgeführt wurde.

Die Art der Erhebung von Daten über die Stellung und Anzahl der rückgeführten Personen ist weiterhin unangemessen. Zudem hat sich gezeigt, dass die Kapazitäten der Migrationsräte nicht für eine effiziente Koordination und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung dieser Personengruppe ausreichen und dass in dieser Hinsicht eine intensivere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen notwendig ist. Außerdem müssen in den kommunalen Haushalten mehr Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen und Aktivitäten zur Verbesserung der Stellung der Rückkehrer und ihre soziale Inklusion sichergestellt werden. Letztendlich scheint es, als könnten bestimmte Maßnahmen, vor allem hinsichtlich der Wohnunterstützung, diejenigen ausgrenzen, die schon ausgegrenzt sind beziehungsweise, dass die gefährdetsten Rückkehrer aufgrund ihrer unzureichenden Inklusion durch die Umsetzung dieser Maßnahmen keine Möglichkeit zur Lösung ihrer Wohnbedürfnisse haben.

Deshalb ist auf einer Seite die Stärkung der Kommunen zur Lösung der Probleme der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens wichtig, während auf der anderen Seite zugleich eine größere Anzahl an Akteuren in die Maßnahmenplanung miteinbezogen wird und sie dafür sorgen, dass dabei auch die Bedürfnisse derjenigen berücksichtigt werden, die in der Gruppe

der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens am gefährdetsten sind.

Einige der aus anderen öffentlichen Politiken gelernten Lektionen könnten zur Verbesserung des Zustandes in diesem Bereich genutzt werden. In diesem Sinne ist es notwendig,

- das Verfahren zur Erhebung von Daten über Personen, die aufgrund des Rückübernahmeabkommens nach Serbien zurückgeführt wurden, zu verbessern und im Besonderen ein System zur Differenzierung der Daten über diese Personen und ihre Bedürfnisse instand zu setzen;

- die Kapazitäten der Migrationsräte durch die Miteinbeziehung auch anderer Akteure zu stärken, die sich in den Kommunen mit Fragen von Bedeutung für die soziale Inklusion der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens befassen;

- die Koordination und Zusammenarbeit aller Akteure zu verbessern, die sich mit Fragen der sozialen Inklusion der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens befassen;
- Haushaltsmittel für die Umsetzung von Maßnahmen zur sozialen Inklusion von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens sicherzustellen;

- eine Analyse der Auswirkungen der bisherigen lokalen Aktionspläne durchzuführen und das Verfahren der Verabschiedung derartiger Pläne zu verbessern, so dass die Bedürfnisse derjenigen Personen, die aufgrund des Rückübernahmeabkommens nach Serbien zurückgekehrt sind, in Gänze berücksichtigt werden;

- sicherzustellen, dass für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens gesonderte Indikatoren zur Verfolgung der Maßnahmen der sozialen Inklusion vorgeschrieben werden;

- die lokalen Aktionspläne durch die Berücksichtigung von Schwerpunktbereichen zu verbessern, die für die Verwirklichung der Rechte von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens von Bedeutung sind – Zugang zu persönlichen Dokumenten, Verwirklichung des Anspruchs auf soziale Leistungen, Gesundheitsschutz und Bildung;

- sicherzustellen, dass die durch lokale Aktionspläne vorgesehenen Maßnahmen und Aktivitäten die Stellung und Bedürfnisse besonders gefährdeter Personen aus der Gruppe der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens berücksichtigen;

- sicherzustellen, dass aufgrund des Rückübernahmeabkommens zurückgeführte Personen durch unentgeltliche Rechtsdienste einen ungehinderten Zugang zu Gerechtigkeit erhalten.





# EFFIZIENTE HILFE VERLANGT EIN NETZWERK VON PERSONEN UND INSTITUTIONEN

*Wenn sich alle oder wenigsten die Mehrzahl der fleißigen, gescheiten, humanen, fähigen Personen, die Geld, Wissen, Macht und Befugnisse besitzen, zufälligerweise an einem Tisch widerfänden, könnte vieles von dem, auf das im Bericht auf den vorherigen Seiten hingewiesen wurde und in den Geschichten auf den kommenden Seiten hingewiesen wird, fast kinderleicht gelöst werden!*

Anfangs müsste man sich darauf einigen, dass es sich hierbei im Verhältnis zu den zahlreichen Problemen dieser bedürftigen Menschen um grundlegende Dinge handelt, was zweifellos einfach wäre. Zu deren Lösung ist es notwendig, folgendes zu überwinden, zu beseitigen, zu organisieren, zu lösen...:

**Mangel an Informationen** – wie kommt man zu Informationen, wer hilft, wobei wird geholfen, auf welche Weise, wie sind vorgeschriebene Voraussetzungen zu erfüllen... wie legalisiert man ein Haus... wie beantragt und bezieht man angebotene Unterstützung...

**Unsichtbarkeit gegenüber der Verwaltung** – den schnellsten, effizientesten, einfachsten und günstigsten Weg zum Nachweis der Identität, zur Einholung persönlicher Dokumente, zur Bescheinigung des Schulabschlusses finden...

**Kein Zugang zum Gesundheitsschutz** – auch das Bestehen einer Krankenversicherung und der Besitz eines Gesundheitsheftes stellen nicht sicher, dass Roma, vor allem Frauen, medizinisch versorgt werden. Kinder, die noch nicht vom Schulgesundheitsdienst umfasst sind, oder Kinder, die keine Schule besuchen, kommen nie zum Arzt oder erhalten eine gesetzlich vorgeschriebene

Impfung. Es ist demnach notwendig, dass die Ärzte in die Romasiedlungen gehen, grundlegende Untersuchungen ermöglichen und das Gesundheitsbewusstsein stärken und aufklären. Daraus geht hervor, dass Gesundheitsmediatoren benötigt werden, die zwar vorgesehen, aber nicht überall tätig sind. Es bestehen immer noch keine Kriterien zur Benennung von Gesundheitsmediatoren.

**Legalisierung von Wohnhäusern und ganzen Siedlungen und deren Anschluss an das Versorgungsnetz** – der Anspruch auf eine angemessene Unterkunft ist ein grundlegendes Menschenrecht, wobei im 21. Jahrhundert viele Menschen immer noch in Schmutz und Staub, ohne Strom, Wasser und Kanalisation leben... zugleich behindern illegal errichtete Häuser die langfristige Lösung der Wohnprobleme. Jeglicher Zugang zu von dem Staat oder ausländischen Spendern sichergestellten Geldern ist ohne geregelte eigentumsrechtliche Verhältnisse nicht möglich.

Interne (für den Bedarf zivilgesellschaftlicher Organisationen) Datenbank über potentielle Leistungsempfänger und deren Bedürfnisse, um einen entsprechenden Zugang zu Unterstützungsleistungen zu ermöglichen – Es ist Tatsache, dass keine grundlegende Methodik



Nataša Pušić Živanov, Ökumenische Hilfsorganisation



zur internen Registrierung (für den Bedarf zivilgesellschaftlicher Organisationen) für Binnenvertriebene, Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, sozial Benachteiligte, Unsichtbare... zwecks Sicherstellung einer effizienten Unterstützung besteht. Die Ermittlung der Bedürfnisse dieser Personen aufgrund des reinen Zufalls und sporadischer, falscher, unvollständiger Daten ist nicht gut. Zugleich ist immer noch unklar, wie das in Anbetracht der neuen gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Schutzes persönlicher Daten zu organisieren ist, die natürlich einzuhalten sind.

**Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, zuständigen Kommissariaten, Vertretern staatlicher Behörden und Einrichtungen** – Um eine Leistungsempfängerfamilie effizient zu unterstützen, muss zeitgleich in vielen Bereichen geholfen werden, denn nur so besteht die Möglichkeit einer wirkungsvollen Veränderung, die Wohlstand und Nachhaltigkeit bewirkt. Wir sind unter anderem aus folgenden Gründen davon überzeugt: Es gibt keine zivilgesellschaftliche Organisation im Land, die vor Ort nicht eine Unmenge an Informationen und Erfahrungen in ihrem Tätigkeitsbereich gesammelt hat. Zahlreiche Maßnahmen vereinzelter ZGO decken sich mit denjenigen anderer Organisationen. Es besteht so gut wie gar keine Zusammenarbeit, wobei nur durch Synergie sichtbare Ergebnisse erzielt werden können.

**Gründung mobiler Expertenteams** bestehend aus Vertretern der ZGO, Bauingenieuren, medizinischen Arbeitern, Psychologen, Sozialarbeitern, Journalisten, persönlichen Assistenten, Romakoordinatoren, Vertretern der Kommunen ... denn nicht selten benötigt eine Familie zeitgleich die Unterstützung jeder dieser Personen und nur eine parallele, aber fachliche und umgehende Lösung ihrer Probleme kann der Familie einen Weg aus der Armut ermöglichen, ohne dass erst die kommende Generation darauf hoffen kann.

Die Gesprächspartner, Feldarbeiter, Forscher und Autoren dieses umfassenden und fundierten Berichts der ÖHO sind sich aufgrund der Tatsache, dass sich die Situation im Vergleich zum vorherigen Zeitraum verschlechtert hat, in einem einig: es ist ein System, eine Handlungsmethodik und ein Netzwerk von Personen und Institutionen notwendig, die als Instrument zur Schließung des Hilfekreises und Öffnung eines effizienten Förderkreises tätig würden. Bleibt das aus, verbleibt es bei Einzelmaßnahmen und –bemühungen und hängt vom guten Willen und dem Engagement Einzelner ab, was ermüdend ist, viel Zeit und Kraft verlangt und in Anbetracht der Anzahl der Bedürftigen und die Vielfalt und Bandbreite ihrer Bedürfnisse nur zu geringen Ergebnissen führt.

Eine weitere wichtige Botschaft wäre: Die Nachhaltigkeit eines Projektes würde einfacher und effizienter sichergestellt werden, wenn die Geldgeber und sonstigen Akteure einsehen und akzeptieren würden, dass die Unterstützung in keinem der Einzelfälle unterbrochen werden sollte, wenn das Projekt abgelaufen, der Fall jedoch aufgrund der trägen Verwaltung oder der Lebensumstände noch nicht abgeschlossen ist! Im Gegenteil: Häufig führen ausgezeichnete Projekte zu unzureichenden und nur kurzfristigen Ergebnissen, was dazu führt, dass wir nicht selten gezwungen sind, von vorne zu beginnen. In diesem Falle sind die Bemühungen umsonst und aus diesem Teufelskreis gibt es für die Bedürftigen in diesem Land keinen Ausweg.

# SUBOTICA

*Unterschreibt, macht keine Panik, ihr kehrt dorthin zurück, woher ihr gekommen seid – lautete die Aufforderung des Polizisten, der an diesem Morgen im Herbst 2017 mit einigen anderen uniformierten Personen in unsere Unterkunft in der deutschen Stadt Münster kam.*

## EIN ORT, WOHIN DIE MENSCHEN KOMMEN UND BLEIBEN



Dort haben meine Frau Indra und unsere fünf Kinder, obwohl im Asylheim untergebracht, neun Monate lang wie Menschen gelebt. Wir haben auf unsere Aufenthaltsdokumente gewartet, der ältere Sohn hat das Heim geputzt... als wir den Abschiebungsbescheid bekamen, sind wir nach Subotica zurückgekehrt, wo wir 2001 hingezogen sind. Damals sind zwei Busse voller Menschen abgeschoben worden(!) – das ist ein Teil der Lebensgeschichte von Šenaj Osmani und seiner Familie, in einigen kurzen Sätzen zusammenge-

fasst. Der andere, jetzige Teil muss in bildreicheren Sätzen in Großbuchstaben erzählt werden, denn er ist jetzt schon anders und besser und, wie Šenaj sagt, mit der Chance und Hoffnung, dass er noch schöner und besser wird.

Und diese Chance gibt es, weil Šenaj arbeitet, Geld verdient und seine Familie ernährt. Er stellt traditionelle Romawiegen und niedrige Esstische, sogenannte Sofras, aus Holz her. Als ihm von der ÖHO das gesamte Tischlerwerkzeug zur Verfügung gestellt wurde, hat er in Zusammenarbeit mit einem Tischlereibetrieb in Subotica begonnen, auch Tische und Stühle anzufertigen. Jetzt verkauft dieser Betrieb neben diesen Möbeln auch seine Sofras und Wiegen. Sie wurden sogar bis nach Tschechien verkauft! Seinen ersten Tisch hat Šenaj für seine Mutter, Zulfila Osmani, angefertigt. Die alte Frau hat das Team der Ökumenischen Hilfsorganisation in der lebhaften bunten Romakleidung – einem Kopftuch und Pluderhosen, im Garten des Familienhauses in der Siedlung Peščara am Kopfende des Tisches sitzend mit den Worten empfangen: "Ich gehe nirgends von hier fort. Ich muss nicht weggehen. Ein Stück Brot reicht und das esse ich hier! Ich bleibe bei meinen Enkeln, die für mich sorgen! Das will ich. Weißt du, dass ich 160 Enkelkinder habe!"

Die meisten dieser Kinder, ihrer Enkel, gehen in den Kindergarten. Diejenigen, die das Leben der Roma kennen, wissen, dass das nicht gewöhnlich ist, vor allem wenn man hinzufügt, dass von den 32 Kindern im Kindergarten „Sternchen“ nur drei keine Roma sind! Muhamet Bunjaku, der pädagogischer Assistent für Binneflüchtlinge und aufgrund des Rückübernahmeabkommens aus Europa zurückgekehrte Personen in diesem Kindergarten ist, wurde selbst mit seiner sechsköpfigen Familie 2015 aus Deutschland abgeschoben.



- Von den sieben Monaten, die wir in Deutschland verbracht haben, waren wir nur neun Tage lang im Heim, wir haben gleich eine Wohnung bekommen. Uns hat nichts gefehlt. Als wir den Kühlschrank geöffnet haben, konnten wir es nicht glauben! Wir haben ein monatliches Entgelt erhalten und die Kinder und ich haben Plastikflaschen gesammelt und so dazuverdient. Die Abschiebung war für uns ein großer Schock. Zum Glück begann gleich nach der Rückkehr meine Zusammenarbeit mit der ÖHO – betont Muhamet.

Es ist ein großes Glück, dass Muhamet die Höhen und Tiefen des Lebens erlebt hat und so die Lebensumstände und Probleme seiner Landsmänner kennt. Er ist stolz auf die Atmosphäre in dem Kindergarten, in dem er arbeitet, wo es keinen einzigen Fall an Diskriminierung gab, die bei uns leider keine seltene und vernachlässigbare Erscheinung ist. Es wird noch darüber gesprochen, dass im Stadtteil Novo Selo in Subotica die Eltern ihre Kinder aus dem Kindergarten „Goldfischchen“ genommen haben, weil sie nicht wollten, sagt Muhamet, dass ihre Kinder gemeinsam mit Romakindern in den Kindergarten gehen!

- Die Arbeit vor Ort hat gezeigt, dass das größte Problem der Menschen, um die wir uns mit der großen Unterstützung der ÖHO kümmern, die Beschaffung von Dokumenten ist. Fast 99 Prozent derjenigen, die aus Deutschland zurückgekehrt sind, haben zum Zeitpunkt der Abschiebung keine Schulzeugnisse mitgebracht. Es ist sehr schwierig und langwierig, diese Zeugnisse zu beschaffen, damit die Kinder nach der Anerkennung der Dokumente die Schule besuchen können. Häufig besteht kein Nachweis darüber, dass die Kinder dort die Schule besucht haben. Es geschieht, dass sobald ein Heim geschlossen wird auch die Schule aufgelöst wird und dann ist es fast unmöglich, Kontakt aufzunehmen und die Dokumente zu beschaffen! Fast allen fehlt auch das Impfbuch! Wir Mitarbeiter würden die Unterstützung der ÖHO benötigen, eine Art Schulung wie wir diese wichtigen Dokumente beschaffen können, ohne die sich die Menschen hier nicht integrieren können – sagt Muhamet.

Er betont, dass die Geburtsurkunden erst ein wahrer Alptraum sind! Einige Familien sind aus dem Kosovo geflüchtet und haben keinerlei Nachweis über die Geburt der Kinder!

Dass dies momentan in vielen Fällen fast unlösbar und die Unterstützung bei der Beschaffung und Einholung von Dokumenten, Geburts- Identitäts- und Schulbesuchsnachweisen, wie auch Nachweisen über medizinische Eingriffe am wichtigsten ist, betont auch Predrag Krajnović, seit 2015 Mitarbeiter der ÖHO.



Türen ausgetausch... Das waren ernsthafte Unterfangen und komplizierte Verfahren. Es ergeht ein öffentlicher Aufruf, die Menschen bewerben sich zur Ausschreibung, wir führen eine Bestandsaufnahme durch, machen Zeichnungen und Bilder des Hauses. Je zwei Mitglieder der Auswahlkommission kommen am häufigsten aus der Reihe der Leistungsempfänger. Voraussetzung ist, dass die Bewerber Eigentümer des Hauses sind und das Haus legalisiert ist oder ein Legalisierungsantrag eingereicht wurde. Die Leistungsempfänger beteiligen sich teilweise selbst an der Erneuerung ihrer Häuser, suchen Handwerker und ähnliches... Die Menschen sind nicht informiert, misstrauisch, sie brauchen Ermutigung, einen Plan und Kostenvoranschlag, mit einem Wort jegliche Form der Hilfe. Gute Nachrichten verbreiten sich schnell, wenn sie sehen, dass sich die Mühe auszahlt und das Projekt realisierbar ist. Wenn sie die Ergebnisse sehen, haben sie größeres Vertrauen und das Interesse steigt. Im ersten Jahr gab es 50 Bewerber, im darauffolgenden doppelt so viel. Die Menschen haben Mut bekommen, haben gesehen, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem bei der Zusammenarbeit mit den Behörden, in vielerlei Hinsicht helfen können – betont Krajnović.

Und zwischen der Gemeinschaft und den Behörden in Subotica gibt es drei Vermittler: die Kommissarin für Flüchtlinge und Migration Renata Babić und sogar zwei Romakoordinatoren Klaudija Kurina und Stevan Nikolić, der zugleich auch Direktor des Bildungszentrums ist.

- In Subotica leben nach offiziellen Angaben 2.959 Roma, wobei die Zahl inoffiziell 3.500 bis 4.000 beträgt und die einheimische Bevölkerung, die Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens und die aus dem Kosovo stammenden Roma umfasst. Wenn man einige von ihnen fragt, ob sie in das Kosovo zurückkehren werden, antworten sie: "Nein! Wir arbeiten auf dem Flohmarkt, unsere Kinder gehen in die Schule und wir können uns frei bewegen." - sagt Nikolić.

Die Roma in Subotica sind orthodoxen, katholischen und muslimischen Glaubens. Die vorsichtige Stärkung der empfindlichen Beziehungen zwischen den Religionen und Nationen hat zu einer Anerkennung seitens des Europarates geführt, der den Stadtteil Pešćara (wo ein Teil der Romabevölkerung lebt) zu einem Beispiel guter Praxis erklärt hat. Nach den Worten von Nikolić entstehen Vorurteile durch Unwissenheit, wobei die Rolle derjenigen, die an der Macht sind, darin liegt, diese Unwissenheit zu beseitigen!

- Das System ist träge und die zivilgesellschaftlichen Organisationen dienen unter anderem dazu, dabei zu helfen, das System wachzurütteln. Ich komme aus dem zivilgesellschaftlichen Sektor, war jedoch immer an das System angebunden, da meine Arbeit auf der Zusammenarbeit mit den Behörden beruht. Ich bin da, um die Behörden daran zu erinnern, was ihre Aufgabe ist. Um sie, zum Beispiel, davon zu überzeugen, dass jemand aus der Romagemeinschaft im System beschäftigt werden soll!

In Čantavir, einem Dorf in der Umgebung von Subotica, befindet sich die gefährdetste Romasiedlung, in der einheimische Roma leben.

- Das, was wir vor Ort vorfinden, ist für die Öffentlichkeit und, wie es scheint, auch die zuständigen Behörden nicht ausreichend bekannt oder vollkommen unbekannt, schockierend und furchtbar! Es gibt Kinder, die in Subotica geboren wurden, und solche, die mit ihren Eltern aus dem Kosovo gekommen sind, und nirgends eingetragen sind! Es gibt ein Papier über die Geburt aus dem Krankenhaus und das ist am häufigsten alles, denn die Eltern haben sie nicht im Geburtenregister angemeldet, sie haben keine Schule besucht, wurden nicht geimpft, noch waren sie jemals beim Arzt... Der Vater und die Mutter sind nicht verheiratet, häufig haben auch sie keinen Nachweis darüber, wo und wann sie geboren wurden... Diese Menschen müssten in die Dörfer fahren, in denen sie geboren wurden, wenn sie überhaupt wissen, wo das ist, und zwei Zeugen finden und so ihre Identität nachweisen. Das ist unsicher, mühsam, kompliziert, verlangt Geld... mit einem Wort so gut wie unmöglich! Die Praxis zeigt, dass es sehr selten, so gut wie nie passiert, dass es jemandem allein, ohne fachliche Unterstützung gelingt, das hinzubekommen und wir reichen nicht aus, um uns ohne eine festgelegte Vorgehensweise mit jedem Einzelfall zu befassen. Es ist höchste Zeit, hier ein System und Ordnung einzuführen – ermahnt Krajnović.

Die Unterstützung bei der Beschaffung von Baumaterial damit die Menschen so leicht und schnell wie möglich zu einem Dach über dem Kopf kommen, ist ein Bereich, mit dem sich Krajnović als Bauingenieur schon mehrere Jahre lang befasst, seitdem er Mitarbeiter der ÖHO ist. Ich habe in Kikinda, Mali Idoš, Zrenjanin und Subotica gearbeitet. In einem Zeitraum von drei Jahren wurden 103 Binneflüchtlingsfamilien unterstützt, ihre Wohnverhältnisse wurden verbessert – Badezimmer und Jauchegruben gebaut, die Fußböden, Dächer, Fenster und

Die Siedlung hat zwanzig Jahre lang niemand besucht! Dort leben die Menschen von mickriger Sozialhilfe! Die Menschen dort hungern! Von insgesamt 300 arbeiten nur zwei Personen, eine plant nach Ungarn zu gehen, um Arbeit zu suchen. Ihre Häuser sind baufällig, viele sind schon zusammengefallen, es gibt keine Kanalisation, nur einige Haushalte besitzen fließendes Wasser und vereinzelt Häuser sind nicht legalisiert, was das größte Hindernis für die Beantragung jeglicher Form von Unterstützung zur Verbesserung der Wohnverhältnisse darstellt. Es ist sehr ermutigend und wichtig, dass von der ÖHO mobile Rechtsteams gegründet wurden, die seit kurzem versuchen, bei der Einholung von Dokumenten zur Legalisierung der Häuser zu helfen, damit die Menschen vorankommen und sich bei Ausschreibungen für die Hauserneuerung bewerben können. Es gibt unterschiedliche Adressen, bei denen man sich bewerben kann, viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Provinzinstitutionen führen Ausschreibungen für Hilfeleistungen durch. Diese Informationen müssten zusammengetragen werden. Vor kurzem haben wir uns bei den Provinzbehörden für die Einrichtung von Gehwegen in der Siedlung beworben, so dass sie solange man auf die Dokumente wartet und die Häuser nicht erneuert sind, wenigstens nicht vom Schmutz erdrückt werden – warnt Nikolić.

Er beschreibt den Weg, der in einen Abgrund führt, aus dem es schwerlich eine Rückkehr gibt:

- Wenn man in Armut lebt, hungrig ist und schmutzige Kleidung trägt und nur aus diesem Grund auf eine Sonderschule kommt, hat man im Leben mindestens drei Generationen lang keine Chance. Ohne fremde Hilfe kommt man

nicht ins System. So werden Menschen ausgesondert und so entstehen die Gemeinschaften in den Romasiedlungen – ein Teufelskreis der Armut, ein Teufelskreis der "Schuld". In Čantavir ist es uns nach mehreren Jahren gelungen, die Kinder in den Kindergarten zu schicken und den Frauen wurde endlich eine ärztliche Untersuchung ermöglicht. Als ich eine Ärztin in die Siedlung gebracht habe, wäre sie fast in Ohnmacht gefallen, als sie die Lebensbedingungen und infolge dessen die schweren Erkrankungen gesehen hat, mit denen diese unglücklichen, medizinisch vernachlässigten Frauen zu kämpfen haben - erzählt Nikolić. Er ist der Ansicht, dass die Gesellschaft ernsthafter und vielschichtiger handeln muss, um grundlegende Veränderungen zu bewirken. Denn, betont er, man muss zuerst ein Dach über dem Kopf und eine Straße und Zugang zum Gesundheitsschutz haben und erst dann kann man über einen Schulbesuch der Kinder nachdenken... Und erst wenn man das alles hat, dann denkt man an die Einrichtung des Hauses und den Garten, saubere und schöne Kleidung...

Subotica hat einen lokalen Aktionsplan für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens verabschiedet. Die verfügbaren Gelder sind nicht gering, aber es ist sicherlich nicht ausreichend für alles, was notwendig ist, damit diese Menschen sichtbar werden und ihre menschlichen Bedürfnisse in einem Maße anerkannt werden, das es ermöglicht, dass sie von der Gesellschaft als gleichberechtigte Bürger, von den Bürgern als gleichberechtigte Einwohner und nicht als Roma, Rückkehrer, Binnenvertriebene, Flüchtlinge angesehen werden.



# ZRENJANIN

*„Als ich jung war, dachte ich, ich könnte die Welt verändern. Jetzt denke ich nicht mehr so. Jetzt weiß ich, dass ich die Welt nicht ändern kann, aber ich bin sicher, dass ich in meiner Arbeit viele Dinge voranbringen kann“ – diese Devise und für die heutige Zeit und die vorherrschende Atmosphäre bedeutende und besondere Beachtung verdienende Aussage stammt von der Direktorin des Sozialamtes der Stadt Zrenjanin, Olivera Lisica.*

## NUR WER VERSORGT IST, KANN SEIN LEBEN IN DIE EIGENE HAND NEHMEN

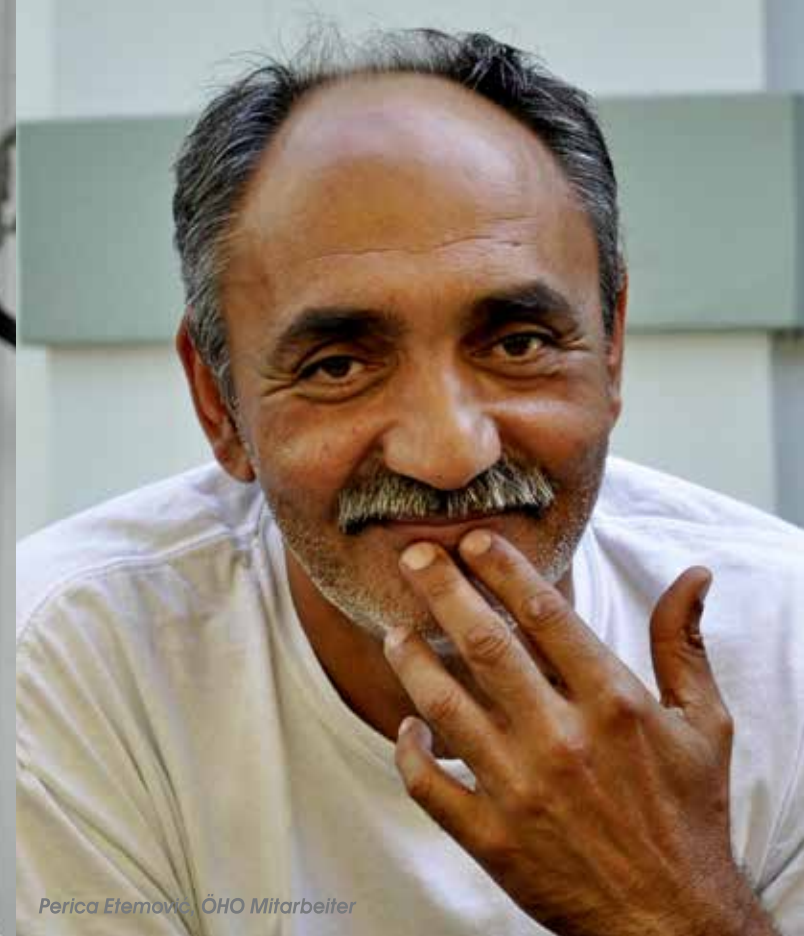
Die banater Stadt am Fluß Begej ist – unter anderem auch Dank dieser aufopfernd arbeitenden Frau und einer Reihe anderer an der Spitze der städtischen Institutionen und Einrichtungen – ein Beispiel wie es dennoch geht. Die Direktorin besaß einen guten Willen und ein offenes Ohr für die Vernetzung aller Vertreter der kommunalen Behörden durch die Ökumenische Hilfsorganisation, so dass sie alle am konkreten Beispiel das bewiesen haben, wofür sich die ÖHO schon 25 Jahre lang einsetzt und was aus der jahrzehntelangen Arbeit vor Ort und der Erfahrung mit bedürftigen Menschen, die Unterstützung benötigen, um ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, hervorgegangen ist.

- Wir haben alle städtischen Ämter, auf die eine Familie oder ein Leistungsempfänger angewiesen ist, miteinander verbunden und diese Vernetzung, der

Austausch von Informationen und Erfahrungen, die Vervollständigung dessen, was jedes dieser Ämter leistet, wie auch die Arbeitsteilung haben dazu beigetragen, dass die Unterstützung effizient, die Hilfe allumfassend und der Leistungsempfänger, obwohl niemals in ausreichendem Maße, dennoch grundlegend versorgt ist. Denn nur wer versorgt ist, kann sein Leben in die eigene Hand nehmen. Das Mindestmaß an Unterstützung und Hilfe ist meßbar, das Höchstmaß eines würdigen, sicheren und angenehmen Lebens kann hingegen weit gestreckt werden... Die intersektorale Zusammenarbeit ist notwendig, damit ein Anspruch schnell und in Gänze verwirklicht werden kann. Wir informieren und unterstützen uns gegenseitig. ÖHO ist die erste zivilgesellschaftliche Organisation, mit der das Sozialamt ein Abkommen unterzeichnet hat und auf diese Weise zusammenarbeitet. Wir haben fachliche Mitarbeiter und die ÖHO hat Mitarbeiter vor Ort. ÖHO



Olivera Lisica,  
Sozialamt der Stadt Zrenjanin



Perica Etemovic, ÖHO Mitarbeiter

schult unsere Mitarbeiter im Bereich der Projektentwicklung, Planung, Überwindung von Stress-situationen, organisiert Seminare zur besseren Medienpräsenz und Projektmanagement... Zudem arbeiten wir eng dem Flüchtlings- und Migrationskommissariat, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, dem Standesamt, der Beschäftigungsbehörde zusammen.

In Zrenjanin besteht seit 2007 eine intersektorale Zusammenarbeit zur Bekämpfung, Prävention und Betreuung von Gewaltopfern und 2014 wurde in der Stadtverwaltung ein Abkommen über die intersektorale Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene unterzeichnet, betont Olivera Lisica. – Dadurch wurde alles, was zuvor schon implementiert wurde, zu Papier gebracht. Unterzeichner des Abkommens sind das Sozialamt, die Staatsanwaltschaft, das Gericht, das Krankenhaus, die Polizei, Schulen, Medien... Diese Form der Zusammenarbeit ist in Serbien als „Zrenjaniner Modell“ der Gewaltbekämpfung bekannt, die Stadt wird als Beispiel guter Praxis angeführt und die Lösung wurde in das Gesetz über die Bekämpfung häuslicher Gewalt implementiert. Das alles hat zu einer guten Praxis in der Arbeitsorganisation der 60 Beschäftigten des Sozialamtes geführt, von dem 20 unterschiedliche Leistungen erbracht werden.

- Seit September 2017 haben wir etwas eingeführt, das sich als sehr effizient erwiesen hat – zusammen mit dem Bescheid über den Bezug von Sozialhilfe erhält ein arbeitsfähiger Leistungsempfänger zugleich ein Gesprächstermin, um zusammen mit dem Sozialarbeiter einen Beschäftigungsplan aufzustellen. Wenn er sich als arbeitswillig erklärt, verweisen wir ihn an die Nationale Beschäftigungsbehörde, wo er empfangen und betreut und in kürzestmöglicher Zeit an einen Arbeitgeber vermittelt wird. So helfen wir ihnen, eine Arbeit zu finden, und „erinnern“ sie daran, dass sie arbeiten können und es möglich ist, eine Beschäftigung zu finden! Vor fünf Jahren waren über 10.000 Arbeitslose bei der Nationalen Beschäftigungsbehörde gemeldet, heute sind es weniger als 5.000. Auf ähnliche Weise vermitteln wir auch Gewaltopfer. Wenn das Sozialamt jemanden verweist, dann widmet man dieser Person auch in anderen Ämtern eine größere Aufmerksamkeit, so dass wir an der sozialen Inklusion im weitesten Sinne des Wortes arbeiten – Zusatzausbildung, Umschulung...Man muss diese Menschen für die Veränderungen in ihrem Leben vorbereiten und kann sie nicht einfach sich selbst überlassen. Es ist wichtig, ein Bewusstsein über die Notwendigkeit der Inklusion in das soziale Umfeld zu entwickeln – hebt Lisica hervor und fügt hinzu, dass es auch diejenigen gibt, die meinen, es würde sich mehr auszahlen, Sozialhilfe zu beziehen, als arbeiten zu gehen.

Beim Sozialamt in Zrenjanin sind in diesem Jahr 2.060 Sozialhilfeempfänger gemeldet. Würde man die Aufzeichnungen durch die Namen derjenigen, die nirgendwo gemeldet

sind, aber existieren oder mit anderen Worten durch die Realität ergänzen, könnte davon ausgegangen werden, dass es 9.500 sind. Davon sind, wenigstens offiziell, rund 300 Roma, darunter die einheimische Bevölkerung, danach Binnenvertriebene und Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens.

In Zrenjanin besteht ein Bedarf nach Erweiterung des Leistungsangebots durch die Erbringung von Beratungs-, Therapie- und sozialen Bildungsleistungen. Das Sozialamt Zrenjanin hat ab dem 1. September begonnen, auch derartige Leistungen zu erbringen. Die Arbeit verläuft auf der Grundlage der freiwilligen Teilnahme der Leistungsempfänger unter Einhaltung des Datenschutzes und der Berufsethik.

Die örtlichen ÖHO Mitarbeiter füllen, ehrlich gesagt, nur einige der bestehenden Lücken, sind aber fast rund um die Uhr verfügbar. Wann immer die Notwendigkeit besteht verrichten sie alle möglichen Arbeiten, geben Informationen, stehen anstelle der Begünstigten am Schalter an, füllen Formblätter aus, unterstützen und trösten sie, vermitteln zwischen den Begünstigten und den örtlichen Behörden... Einer von ihnen ist auch Perica Etemović.

- Ein junger Mann ist aus Australien nach Zrenjanin gekommen und wusste nicht wohin, benötigte aber Dokumente. Er sollte 150 Euro zahlen und einige Wochen warten ... Zrenjanin ist keine große Stadt, auf dem Marktplatz hat man ihm gesagt, er solle nicht so dumm sein und zahlen, er würde nur betrogen, er solle Perica aufsuchen, der hilft, der weiß, der kann... - erzählt Etemović und lacht während er erzählt, dass ihm dieser „kleine Australier aus Zrenjanin mitgeteilt hat, er würde heiraten, und ihn zur Hochzeit eingeladen hat!“.

Die örtlichen Mitarbeiter sind im Stande, wahre Wunder zu vollbringen. Es ist sehr wichtig, jemanden zu haben, auf den man sich verlassen kann, aber auch sie können nicht viel ändern, wenn man nicht selbst die Kraft aufbringt, etwas zu bewegen. Zudem gibt es Fälle, bei denen der Teufelskreis ungünstiger Verwaltungs- und Lebenshindernisse so eng ist, dass es scheint als



Muhamed Demirović und seine Tochter Elmedina



Emina Bisljimi und ihr Sohn Elmedin

wäre es unmöglich, ihn wenigstens ein bisschen zu lockern, wenn schon nicht ganz zu durchbrechen.

Der Vater Muhamed Demirović (27), die Mutter Emina (25) und deren Tochter Elmedina (3), (der Sohn Elmedin wurde vor 8 Monaten in Zrenjanin geboren) mussten 2016 aus Karlsruhe in Deutschland zurückkehren. Leider können sie auf keine Weise nachweisen, dass sie dort waren, sie haben keinerlei Dokumente! Sie betonen, sie hätten in Deutschland nichts erworben. Als sie nach Hause nach Zrenjanin gekommen sind, haben sie irgendwie eine Unterkunft gefunden, haben ein illegal errichtetes Haus bezogen, von dem sie sagen, es sei im Eigentum der Gemeinde, wo sie keinen Strom haben.

- Ich wünschte, es wäre unser Eigentum, damit wir etwas am Haus machen können. So habe ich jeden Tag Angst, dass uns jemand von hier vertreibt. Derartige Lebensumstände bereiten schlaflose Nächte! Ich habe sechs Jahre der Grundschule absolviert, aber mir werden nur drei anerkannt – als hätte ich eine Sonderschule für behinderte Kinder besucht. Und in diese Schule musste ich gehen, weil sie der Mamma gesagt haben, „in der normalen Schule gäbe es keinen Platz für mich! Wenn man ein bisschen schutzlos ist und nicht gut aussieht, will keiner mit dir sprechen und man wird nur herumgeschubst... – beschwert sich Emina. Sie betont, dass man ohne Schulabschluss keine Arbeit bekommt.

- Würde mein Mann eine Schule besuchen, um ein Handwerk zu erlernen, könnte er nicht auf die Strasse

um Plastikflaschen zu sammeln! Wie soll ich die Kinder ernähren, wenn er nicht arbeitet! Für ein Kilogramm Flaschen bekommt er 30 Dinar und er bringt das ganze Geld nach Hause, ich bin von ihm abhängig!

Diese Sätze beweisen, dass der Teufelskreis der Lebensumstände und Hindernisse manchmal so fest ist, dass es keinerlei Spielraum gibt: Diese Familie ist nicht beim Flüchtlings- und Migrationskommissariat gemeldet und wenn sie nicht gemeldet sind und keiner eine Arbeit hat, können sie keine Wohnung beantragen. Sie haben keine Bescheinigung, dass sie Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens sind und wenn die ÖHO versucht, mit der Stadt eine Vereinbarung über die Deckung der Stromkosten zu treffen, können sie zwangsgeräumt werden, weil das als Toleranz gegenüber der illegalen Hausbesetzung angesehen werden könnte. Die Sozialhilfe in Höhe von 18.000 Dinar reicht zum Leben nicht aus...

Es gibt also keinen großen Spielraum. So stehen die Dinge momentan. Dass wir nur durch den Winter kommen... Hier sind die Ökumenische Hilfsorganisation, ähnliche zivilgesellschaftliche Organisationen, der örtliche Mitarbeiter Perica Etemović, das Sozialamt, das Kommissariat gefordert. Wenn dieses Beispiel ein einzelner oder wenigstens seltener Fall wäre, würden die Bemühungen aller dieser Akteure – die es, wie wir Zrenjanin und dessen Kapazitäten kennen, zweifellos gibt – schnell Früchte tragen... Wie die Dinge jedoch stehen, verbleibt nur abzuwarten und an die Reihe zu kommen...

# KIKINDA

**- Sehen Sie, die ÖHO reagiert durch Hilfeleistung, sofort, konkret, direkt, fachlich, ohne Rückhalt, ohne Formalitäten...- so hat der ÖHO Mitarbeiter und Leiter des Bürgervereins "Roma rota" und des Romazentrums in Kikinda, Miroslav Meržan, das Gespräch zwischen einer ÖHO Vertreterin, der Juristin Nataša Pušić Živanov, und Ljiljana Vlajko beschrieben, die das Zentrum zwecks Beratung und Unterstützung aufgesucht hat, wo sich die Frauen zufällig getroffen haben.**

## EINE KOMMUNE, DIE DIE AUGEN VERSCHLIESST

Die konkrete Beratung bezog sich auf Ljiljanas minderjährigen Sohn im Erziehungsheim, Hilfe bei der Klärung eines Missverständnisses mit der Sozialarbeiterin, die Möglichkeit der Kündigung des Rechtsanwaltsmandats, den Verweis auf die Roma-Bildungsstiftung, die Möglichkeit des Besuchs der Mittelschule seitens Liljanas Tochter...

- Die Vlajkos sind eine ehrliche und fleißige Familie, die in jeglicher Hinsicht kooperativ ist, aber sie haben gewisse Probleme, die sie nicht selbst lösen können. Dabei könnte ein Romakoordinator helfen, den es jedoch in der Gemeinde Kikinda nicht gibt! Die Kommune hat kein Gehör dafür oder ist der Ansicht, dass sie sich nicht mit Fragen sozial Benachteiligter, der einheimischen Romabevölkerung, der Binnenvertriebenen und nach Kikinda aufgrund des Rückübernahmeabkommens zurückgekehrter Personen zu befassen hat - sagt Meržan.

Miroslav setzt sich mit seiner Frau Slađana schon 17 Jahre lang für die Einwohner seiner Stadt ein, seit sechs Jahren auch als Mitarbeiter der ÖHO. Er unterstützt und versucht die fühlbare Leere zu füllen, die aufgrund der Indolenz der Gemeinde besteht, sich auch mit den Schicksalen sozial benachteiligter, alter und marginalisierter

Einwohner von Kikinda zu befassen. Sie betreuen rund 600 Einwohner, darunter auch rund 200 Roma. Miroslav war seinerzeit der einzige ausgebildete Rom in der öffentlichen Verwaltung, einstiger Romakoordinator, dessen Stelle abgebaut und der nach der Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz nach kurzer Zeit entlassen wurde.

- Es gibt zahlreiche Probleme und Schwierigkeiten - die Siedlungen sind in einem katastrophalen Zustand - versorgungstechnisch nicht erschlossen, die Häuser sind lebensunwürdig und nicht legalisiert - betont Meržan. Die Frauen sind in mehrerer Hinsicht diskriminiert, sie werden durch die strengen Regeln der Tradition eingeschränkt, sind nicht gebildet, haben keine medizinische Versorgung und werden früh verheiratet... In der Kommune reagiert man nicht und sieht nichts, als hätte man eine Binde auf den Augen... Tanja ist unsere Kommune - betont Meržan und denkt dabei an die Flüchtlingskommissarin Tatjana Barbulov.

- Ich bin elf Jahre lang Kommissarin und muss sagen, dass ich nicht zufrieden bin - die Kommune könnte in Zusammenarbeit mit dem Kommissariat vieles unternehmen, wenn nur der Wille, entsprechendes Personal



Miroslav Meržan – ÖHO Mitarbeiter, Nataša Pušić Živanov, Ružica Barbul, Tatjana Barbulov, Flüchtlingskommissarin, Slađana Meržan mit den Kindern

und natürlich sichergestellte Mittel bestünden - hebt Tatjana hervor. - Im Haushalt sind, soviel ich weiß, keine Mittel für sozial benachteiligte Roma vorgesehen. Der Posten, der für meine Programme zur Verfügung steht, bezieht sich neben Flüchtlingen auch auf aufgrund des Rückübernahmeabkommens abgeschobene Personen, aber das reicht nicht aus! Mit diesen Menschen befasst sich niemand fachlich und gezielt. Meine Aufgabe ist es, vom Kommissariat umgesetzte Programme, wie zum Beispiel für Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, zu verfolgen und mit dem Einverständnis der Kommune eine Bewerbung einzureichen. Wir arbeiten an der Integration, der Verbesserung der Wohnverhältnisse, wirtschaftlichen Stärkung, Umschulung... Es gibt solche, die auch bis zu zehn Jahre lang im Ausland waren, weil sie hier nichts hatten, und wieder zu nichts zurückgekehrt sind und nicht wissen, wo sie beginnen sollen! Nach den Angaben des Kommissariats sind von 2015 bis 2017 rund 160 Personen nach Kikinda zurückgekehrt, obwohl diese Angaben nicht ganz zuverlässig sind. Vor vier Jahren haben wir von 70 Familien 8 unterstützt, wieviele die Voraussetzungen für eine Hauserneuerung erfüllt haben. Das ist eine erfolgreiche Methode. Sie haben Baumaterial im Wert von je 550.000 Dinar erhalten. Die einheimische Bevölkerung

fragt, warum nur den Flüchtlingen und nicht auch ihnen geholfen wird, was zu sehr unangenehmen Situationen führt. Im Laufe dieses Jahres hat das Kommissariat zwei öffentliche Aufrufe gestartet, aber die Kommune hat sich nicht beteiligt und es ist nichts daraus geworden. Im Rahmen des lokalen Aktionsplans für den Zeitraum 2016-2020 verfolgen wir drei Seiten - Kommissariat, Provinzverwaltung und zivilgesellschaftliche Organisationen - und warten, wer als erster eine Ausschreibung veröffentlicht: Wir haben 10 Anträge für den Erwerb eines Hauses, 10 Anträge für Unterstützung in Form von Baumaterial, 20 Personen möchten sich ausbilden oder umschulen lassen. Es ist für mich unverständlich, dass sich die Kommune nicht beteiligt, sie müssen sich nicht bei diesen Programmen bewerben, es gibt auch andere Fonds und Projektteams in der Verwaltung, die in dieser Hinsicht mehr tun könnten. Hier geht es um Menschen, die unter völlig unmenschlichen Bedingungen leben! Vergessen wir die Geschichten über ihrer Tradition, den Lebensstil und ihr Desinteresse... Wir sind aufgerufen, die meisten dieser Dinge zu ändern und ich bin mir bewusst, dass dafür Zeit, Personal und Geld notwendig sind - betont Tatjana. Ihre Beobachtungen, Bitten, Hinweise und Vorschläge treffen nicht einmal auf eine angelehnte, wenn nicht schon auf eine offene Tür.

- In Kikinda liegt ein Fall der Mißachtung von Vorschriften und des Systems vor – es besteht offensichtlich kein Romakoordinator oder ich weiß wenigstens nicht, wer diese Funktion in der Gemeinde Kikinda ausübt. Alle Behörden sind verschlossen oder unzugänglich, wobei es logisch ist, dass der Romakoordinator eng mit dem Sozialamt und anderen Ämtern und Institutionen zusammenarbeitet. Die fachlichen Mitarbeiter im Sozialamt sind für zahlreiche Leistungen und Sozialfälle, Ehescheidungen, Vormundschaften und dergleichen zuständig, haben niedrige Gehälter, sind durch eingeschränkte Befugnisse demotiviert und es ist klar, warum sie nicht aktiver sind, sagt Tatjana und fügt hinzu:

-Alles ist sehr unsystematisch und desorganisiert, jeder zieht an seinem Strang und drückt sich vor der Verantwortung. Aber die einzige Handlungsweise, die einen Effekt hätte, wäre die Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, des Kommissars und der kommunalen Ämter und Institutionen! Alle müssen an einem Strang ziehen! Anstelle dessen haben wir unfachliches Personal, unqualifiziert und demotiviert, das nur das ungedingt Notwendige macht und sich eventuell mit dem momentan Aktuellen befasst und nicht über den Tellerrand hinwegsieht... Wir haben Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens, Binnenvertriebene, extrem arme Einheimische, eine durch Kriege hervorgerufene Flüchtlingswelle und eine durch Klimaveränderungen angekündigte neue Welle aus Afrika! Ich sehe nirgendwo, dass wenigstens etwas in Form von Plänen vorbereitet wird! Das bezieht

sich alles auf die kommunale Ebene, wobei Sie selbst wissen, dass auf der nationalen Ebene zahlreiche Strategien und Aktionspläne zu diesem Thema bestehen, aber außer dem Kommissariat, das über uns erfolgreich auf der kommunalen Ebene tätig ist, sehe ich nichts anderes... oder ich bin nicht davon unterrichtet - warnt Tatjana.

Sie fügt hinzu, dass auch wenn es Möglichkeiten dazu gibt, weder das Einverständnis, noch der Auftrag oder der Wille zur Zusammenarbeit besteht.

-Die Gründe dafür sind Angst, Indolenz, Korruption, Unwissenheit, mangelnde Qualifikation und Bildung... betont diese mutige, fröhliche und aufopfernde Frau und ergänzt: -Ich bin auch mit meinem Erfolg nicht zufrieden, denn ich habe keine Möglichkeit, alles, was in Kikinda geschieht oder nicht geschieht den Entscheidungsträgern zu vermitteln!

Kikinda ist leider das offensichtliche Beispiel einer unzulässigen Situation mit unersichtlichen Folgen, in der das Schicksal und Leben tausender Menschen ausschließlich vom guten Willen in Eigeninitiative organisierter Individuen abhängt, die ein Bewusstsein und das Wissen zur Ausübung ihrer eigenen Arbeit besitzen. Wird diese Tatsache noch rechtzeitig von jemandem gehört und verstanden werden? Das Problem ist, dass das in unserer Gesellschaft nicht nur von dem unorganisierten System abhängt, sondern nicht selten von arroganten Individuen in Positionen, an denen Entscheidungen getroffen werden!

## RUŽICA BARBUL



Ružica Barbul lebt am Rande von Kikinda, in der Siedlung Stara klanica. Sie ist eine von denjenigen aufopfernden Frauen, die wir „anderen“ bewundern und vor der uns eine große Trauer und unerklärbare Unmut überfällt. Höchstwahrscheinlich durch die Unmöglichkeit hervorgerufen, ihr zu helfen, eine Welt zu betreten, in der zivilisierte Menschen leben und ihre Kinder aufwachsen können.

Wie zieht Ružica, die in Schmutz und Staub lebt, ohne Strom und Wasser, in Feuchtigkeit und Schimmel, in einem Haus, das kein Haus ist, unter einem Dach, das keines ist, Vesna (8), Zlata (6) und Sabina (6) groß? Wie gelingt es Mutter Ružica, dass die Haare ihrer Mädchen glänzen und sie immer sauber sind?

Wie gelingt es, seit der Geburt ihres kranken Sohnes Boris (2), der von einem Krankenhaus ins andere verlegt wird, diesen fast täglich zu besuchen und von der Sozialhilfe, häufig beim Essen spendend, eine Busfahrkarte zu kaufen, denn Novi Sad ist weit und die Fahrt kostet Geld.

Aus welchem Holz ist diese weibliche Lokomotive geschnitzt, die die ganze Familie antreibt und ihr nicht erlaubt, inne zu halten? Wie hat sie es überwunden, dass sie der Frauenarzt nicht einmal richtig untersucht hat und meinte, sie solle nach Hause gehen, sie hätte irgendeine Entzündung, nichts Schlimmes... Der Test, den sie selbst gekauft hat, hat gezeigt, dass sie schwanger ist. Jetzt erwartet sie ihr fünftes Kind.

Von wem haben ihre Kinder gelernt, freundlich zu grüßen, den Älteren nicht ins Wort zu fallen, wobei sie mit großen, blitzenden Augen voller Freude erzählen:

- Ein Fohlen habe ich getauft, es heißt Zlata, wie ich. Dieses große Pferd heißt Maja und das andere Zvezdana. Möchtest du auch die kleinen Ferkel sehen – fragt Zlata und ihre Schwester antwortet: - Unser Papa geht mit den Pferden zu den Mülleimern, er sammelt Abfall.

- Mein Boris ist fleißig, er verdient Geld und bringt es

nach Hause... Dass es nur meinem Sohn besser geht, er ist sehr krank, die Ärzte sagen, er wird nicht genesen... Können Sie irgendetwas tun, alles andere wird schon... Das mache ich schon... Im Traum höre ich eine Stimme, die mir sagt, dass es ihm besser gehen wird...

Der kleine Boris leidet an Gehirnlähmung, ist geistig unterentwickelt und wurde im Krankenhaus in Kikinda und Novi Sad behandelt. Jetzt schicken sie ihn nach Hause, wo keine angemessenen Voraussetzungen für seine Pflege bestehen... Als Ružica das der Ärztin gesagt hat, hat diese gedroht, sie beim Sozialamt zu melden und ihr das Kind wegzunehmen!

Ružica ist 2014 nach Deutschland gegangen, um etwas zu verdienen und, wie sie sagt, ihre Kinder aus der Armut zu befreien. Es hat nicht geklappt. Sie sind zurückgekehrt, in die Gemeinderuine gezogen... Von dem Geld, das sie durch Altenpflege verdient hat, konnte sie in zwei Räumen einen Laminatboden verlegen. In den restlichen Teilen des Hauses gibt es so gut wie kein Dach, es regnet durch, es gibt Käfer und Mäuse... An seltenen Tagen, jetzt wo es sehr kalt ist, sind die Kinder im Warmen, ein Ofen brennt, der raucht. Holz gibt es selten genug und es ist verboten, sagt sie, welches aus dem Wald zu holen.

Die Ökumenische Hilfsorganisation verfolgt Ružica und ihr Schicksal schon ein Jahr lang, wie lang sie versucht, ihr ein Dach über dem Kopf zu sichern.

- Mein Mann und ich leben seit neun Jahren zusammen und verstehen uns gut, sagt Ružica lächelnd. - Wenn wir ein eigenes kleines Häuschen hätten, würden wir uns zusammendrängen, nur dass es nicht durchregnet, kein Wind weht, dass keine Käfer auf unseren Kindern herumkrabbeln... auch Gemüse würden wir anbauen, wenn wir einen Garten hätten, und Tiere halten... Dass der kleine Boris im Warmen ist, dass die Kinder jeden Tag baden können... Das wünsche ich mir. Nichts anderes.



# ŽITIŠTE

**Unsere erste Aufgabe hinsichtlich der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens ist es, ihnen zu erklären, dass es sehr wichtig ist, sich bei uns zu melden und sich registrieren zu lassen. Denn wenn sie nicht sichtbar sind, existieren sie nicht! -**

**betont die langjährige ÖHO Mitarbeiterin in Žitište und Gründerin des Romaver eins, Slavica Mrđa.**

Žitište ist eine sehr unterentwickelte und arme Gemeinde. Für sozial benachteiligte Menschen – und zu dieser Gruppe gehören 90 Prozent der rund 600 Romafamilien in unserer Gemeinde, darunter Binnenvertriebene, Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens und die einheimische Bevölkerung – ist das Leben hier noch harter. Wir sind eine landwirtschaftliche Gegend, aber weil so gut wie alles mechanisiert wurde, gibt es auf den Äckern wenig Arbeit. Auch sekundäre Rohstoffe gibt es hier nicht so viel, dass man von der Abfallsammlung leben könnte. Aufzeichnungen über diese Menschen und ihre Bedürfnisse gibt es generell nicht und wenn es sie auch gäbe, so steht auf dem Papier das eine, während die Realität vor Ort den wahren Zustand widerspiegelt. Denn sobald die Menschen kein Strom und Wasser haben, gibt es kein normales Leben! Das zieht alles andere mit sich, vor allem in Familien mit Kindern.

Slavica betont, dass davon ausgegangen wird, dass in jeder dieser 600 Familien mindestens ein Mitglied wenigstens einmal im Ausland war und versucht hat, sein Leben zu ändern, weil es hier keine Chance gesehen hat und real auch keine besitzt.

## ARMUT TREIBT IN DIE WEITE WELT

- Viele von ihnen, die mit einem Bündel am Stab in europäische Länder gezogen sind, haben politisches Asyl beantragt und gut gelebt. Als Deutschland begonnen hat, sie zurückzuschicken und Serbien zu einem „sicheren Herkunftsland“ erklärt hat, haben sie begonnen, ins Kommissariat zu kommen und zu behaupten, sie wären abgeschoben worden! Bei einigen ist der einzige Nachweis ein Stempel im Pass, sie haben keinerlei andere Dokumente – betont der Vertreter des Flüchtlingskommissariats Nikola Štula. – In Zusammenarbeit mit dem Romaver ein aus Žitište haben wir versucht, die Rückkehrer in das System zu integrieren und ihnen jegliche Form von Unterstützung zu bieten. Wir haben für 15 Rückkehrerfamilien Sozialhilfe, Nahrung, Kleidung für fünf Jahre sichergestellt. Es war schwierig, etwas für sie zu organisieren, sie melden sich nur ungern an, möchten sich nicht als Rückkehrer registrieren lassen, befürchten, dass es sie daran hindert, irgendwann einmal wieder ins Ausland zu gehen – betont Štula. – Die Familien benötigen jede Form der Unterstützung, wir stützen uns auf die Zusammenarbeit mit der ÖHO, dem Romaver ein und den Vertretern der Gemeinde. Wir hatten kürzlich ein Arbeitstreffen, haben die Zusammenarbeit aufgenommen, die aktuelle Situation besprochen. Es wird ein lokaler Aktionsplan für die kommenden vier Jahre vorbereitet. Bei rund dreißig Familien besteht ein Bedarf nach der Legalisierung der Häuser. Sie benötigen Rechtshilfe, einige haben zehn Jahre alte Verträge, die revidiert werden müssen, man muss zum Notar, ins Katasteramt... Ich denke, dass durch gemeinsames Handeln eine größere Hoffnung und Möglichkeit besteht, aktiver zu helfen – sagt Štula.

- Meine Roma gehen wegen der Armut weg. Armut treibt in die weite Welt! Sehr häufig migrieren sie ohne Dokumente, illegal, was heißt, dass sie untertauchen müssen, in Stresssituationen gelangen, sich vor der Polizei verstecken... Ich kenne eine Familie, die mit Kleinkindern aus Žitište weggegangen



Slavica Mrđa – ÖHO Mitarbeiterin



Nikola Štula – Vertreter des Flüchtlingskommissariats

ist, am Ende haben sie die Familie getrennt – die Männer von den Frauen, die Kinder von den Eltern... schrecklich! Es gibt wahrlich tragische Schicksale: Die Familie unseres Gastgebers D. R. hat drei Töchter. Eine haben sie, als sie nach Frankreich gegangen sind, aus der zweiten Klasse der mittleren Wirtschaftsschule genommen, wobei sie eine gute und vorbildliche Schülerin war. Die Eltern haben ihr Haus für 2.000 Euro verpfändet, um mit diesem Geld ins Ausland zu gehen, um dort zu arbeiten. Es ist ihnen nicht gelungen, Geld zu verdienen, und sie haben kein Geld zurückgeschickt, weshalb ihnen das Haus genommen wurde und sie nicht mehr dorthin zurückkehren können! Jeden Tag droht ihnen die Abschiebung! Dieselbe Familie hat vor Frankreich ihr Glück in Deutschland versucht. Das Kind hatte gerade die Grundschule mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen und sie haben sie aus der Schule genommen und sind Asyl beantragen gegangen. Sanela ist hübsch, geschickt, spricht Fremdsprachen... wir sind auf Facebook befreundet, ich habe mich sehr bemüht, ihr zu erklären, sie solle nicht heiraten und die Schule nicht abbrechen... Die Mutter ist eine Kämpferin, sie steht immer für alle Familienmitglieder ein und führt sie durchs Leben. Würde es ihnen gelingen, im Ausland zu bleiben, würde diese Frau sie alle aus der Armut retten, das wäre für sie die einzige Lösung. Jetzt verstecken sie sich und haben Angst. Denn, wenn sie zurückkehren müssen, stehen sie auf der Straße, sind obdachlos! Sie hatten kein Stück Brot. Hunderte Male sind sie gefallen und aufgestanden, so eine Frau ist das! Sie und ihr Mann haben versucht, ihr und das Leben ihrer Kinder zu verändern, aber als sie die Kinder aus der Schule genommen haben, haben sie ihnen den Wind unter den Flügeln genommen! Was machen sie jetzt ohne Haus, ohne Arbeit, ohne Schule... fragt sich Slavica, die schon 20 Jahre lang ihre Landsleute betreut, so gut wie freiwillig, ohne finanzielle Unterstützung, Fonds, einen Rückhalt... Die Zusammenarbeit mit der ÖHO ist für sie und ihre Schützlinge die einzige Hoffnung, wie auch das Flüchtlingskommissariat. In der Gemeinde möchten sie nichts von ihnen wissen, für sie existieren diese unglücklichen Menschen nicht!

- Ich war kürzlich beim Bürgermeister, um Unterstützung für Petra Zelucu zu erbitten. Ihr Mann ist arbeitsunfähig und sie haben sieben Kinder! Das Haus, in dem sie leben, ist illegal auf einem Gemeindegrundstück errichtet. Es gibt keinen Strom, da die Gemeinde





eine Futtermischmaschine bekommen...

- Ich bin fleißig, jung, möchte arbeiten, ich habe Ideen, einiges an Geld, einen Businessplan... es scheint alles in Ordnung zu sein und dennoch hat er aufgrund der Umstände Angst davor, dass er und seine Tochter, wenn sie das Haus seines Bruders verlassen müssen, auf der Strasse landet und er das Vieh verliert, das er mit Mühe erworben und sich so eine Existenz gesichert hat - sagt Brane. - Die administrativen Hindernisse, die Starrheit der Ämter, von denen wir abhängen, behindern uns... ich habe Einphasenstrom und für die Mischmaschine, die ich von der ÖHO bekommen habe, benötige ich Dreiphasenstrom und muss jetzt einen Stier verkaufen, um für den Anschluss zu zahlen... Ich habe ein Gebrauchtwagen gekauft, um das Viehfutter transportieren zu können und habe, weil ich Vermögen besitze, den Anspruch auf Sozialhilfe verloren... Und das Kind geht in die Schule, sie benötigt Pausengeld, Bücher, Kleidung, Schuhe... Und so im Kreis herum... Es heißt, gehe nicht ins Ausland, versuche es zu Hause, arbeite... Und worauf läuft das hinaus... Wäre ich ein Binnenvertriebener oder wie viele andere nach Deutschland gegangen und wäre abgeschoben worden und hätte mich als Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens registrieren lassen, könnte ich Unterstützung beantragen... So scheint es, als würde ich dafür bestraft, dass ich in meinem Land geblieben bin und mich bemühe, das Wissen und den Willen habe, zu arbeiten. Ich glaube an ÖHO und Slavica wie an Gott. Sie sind meine einzige Hoffnung, dass es ihnen gelingt - obwohl ich nicht zur Kategorie derjenigen gehöre, die aufgrund der aktuellen Programme und Projekte der ZGO Anspruch auf Unterstützung haben - mir über ähnliche zivilgesellschaftliche Organisationen dennoch zu helfen - hofft Brane.

die Rechnung nicht bezahlt hat und der Familie Zelucu auch nicht gewähren möchte, selbst zu bezahlen! Warum bezahlt die Gemeinde die Stromrechnung nicht, damit diese Menschen im Weiteren selbst zahlen können und nicht im Dunkeln leben müssen? Warum lösen sie dieses Problem nicht, wenn sie die Möglichkeit dazu haben! Das ist unverständlich! Sie rechtfertigen und verstecken sich hinter einer vollkommen sinnlosen Logik - wenn wir eine Ausnahme machen und den einen helfen, dann werden auch andere illegale Hausbewohner Unterstützung verlangen! Nonsense! Warum wird nicht wenigstens einem Menschen, einer Familie geholfen, so dass sie wenigstens nicht als Sozialfall der Gemeinde zur Last fallen. Und so können der Reihe nach Dokumente eingeholt und mit den Menschen vereinbart werden, wie weiterhin vorzugehen ist! Wir müssen uns fortbewegen, Schritt für Schritt, wenn es schon nicht anders geht - betont Slavica.

Die folgende Geschichte ist ein Beispiel dafür, dass ohne Unterstützung und Förderung, die in diesem Land am häufigsten von ZGO kommt, kein Fortschritt erzielt werden kann. Im Vergleich zu anderen Menschen, die Hilfe benötigen, besitzt der Mann, von dem in den kommenden Sätzen die Rede ist, viel und dennoch steht er nahe davor, in einen Abgrund zu fallen, aus dem er sich schon einmal geschickt und gescheit, mit viel Mühe gerettet hat. Brane Radu aus Ravní Topolovac bei Žitište hat als Kellner im novisader Hotel „Vojvodina“ gearbeitet und seine Arbeit verloren und ist bei der Beschäftigungsbehörde als arbeitslos gemeldet. Jetzt lebt er allein mit seiner vierzehnjährigen Tochter. Er hat einen landwirtschaftlichen Betrieb gegründet und betreibt Viehzucht. Mit Stolz zeigt er uns seinen Stall - er besitzt Kälber, Schafe und Schweine. Leider lebt er als Untermieter im Haus seines Bruders, aus dem er im kommenden Jahr ausziehen muss. Er besitzt schon ein eigenes Grundstück, aber dort steht ein baufälliges Haus ohne Strom, in dem keine grundlegenden Voraussetzungen weder zum Wohnen, noch für die Viehzucht bestehen. Jetzt hat er Angst davor, wie es weitergehen soll, er hofft, nicht von vorne anfangen zu müssen..... Es hatte gerade begonnen, ihm besser zu gehen, er hatte zuerst Schafe gehalten und die Wolle verkauft, davon dann Vieh dazugekauft... Dann hat er den Betrieb gegründet und dabei auf vieles verzichtet. Slavica Mrđa hat ihn auf die ÖHO verwiesen und er hat mit ihrer Hilfe

## DAS SCHWÄCHSTE GLIED IST MASSSTAB DER GESELLSCHAFT

- Seit 2006 haben wir 15.000 Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens registriert. Das sind diejenigen, die über den Flughafen Nikola Tesla in Belgrad ins Land gekommen sind. Wir nehmen abgeschobene Personen auf, deren Rückkehr angekündigt wurde, und geben ihnen die ersten, notwendigsten Informationen, verweisen sie auf unsere Mitarbeiter und Vertreter in den Städten und Gemeinden. Wir haben eine Datenbank über diese Rückkehrer, aber es fehlen Rückmeldungen über die Inklusion dieser Menschen in Serbien. Unsere Programme sind denjenigen zugänglich, die in den europäischen Ländern Asyl beantragt haben und nicht abgeschoben wurden, sondern sich freiwillig zur Rückkehr gemeldet haben. Es besteht ein System, wie diese Menschen betreut werden, aber es fehlen Mittel. Das Kommissariat hat 66 Beschäftigte. Wir haben weder das Geld noch die Kapazitäten, um uns um jeden Einzelfall kümmern zu können und die Menschen an die Hand zu nehmen. Für die wirtschaftliche Stärkung und Verbesserung der Wohnverhältnisse werden seit 2014 jährlich 20 Millionen Dinar entzweit. Die Rückkehrer sind serbische Staatsbürger, so dass sie dieselben Ansprüche wie alle anderen Bürger haben - Unterstützung zum Erwerb eines landwirtschaftlichen Gutes, für Baumaterial zur Hauserneuerung, den Erwerb eines Montagehauses... - sagt Dejan Milisavljević aus dem Flüchtlings- und Migrationskommissariat, Berater in der Abteilung für die Aufnahme, Betreuung und Ansprüche von Rückkehrern aufgrund des Rückübernahmeabkommens.

Milisavljević betont, dass das Kommissariat sehr gut mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Rückkehrer betreuen, zusammenarbeitet. Für sie werden jährlich insgesamt 10 Millionen Dinar sichergestellt.

-Die Stärke einer Gesellschaft wird danach bemessen, wie stark ihr schwächstes Glied ist. Unsere Armee vor Ort sind unsere Kommissare, sie kümmern sich um Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Rückkehrer. In den kleineren Gemeinden ist die Betreuung effizienter und in den größeren Städten ist die Arbeit schwieriger. Es gibt nicht ausreichend Geld für alles, was wir gerne tun möchten, könnten und müssten! Ein Kommissar kann nicht in ein Auto steigen, das er nicht hat, und Benzin tanken, das es nicht gibt... Wir benötigen mehr Mitarbeiter und viel mehr Geld. Die Kommunen sind überlastet und dort kommt es zu Engpässen.

Milisavljević hebt hervor, dass es zahlreiche ungelöste Fragen gibt, wie zum Beispiel, ob die Aktivitäten zentralisiert oder dezentralisiert werden sollten, wie ein Fördersystem instand gesetzt werden kann, wenn viele der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens nicht im System registriert werden möchten... wie kann ihre Existenz wirtschaftlich gesichert werden...

**Titel: Bericht über die Umsetzung örtlicher Politiken in Bezug auf die Stellung der Rückkehrer aufgrund des Rückübernahmeabkommens in der Vojvodina 2018**

**Autoren: Branislava Opranović und Danilo Ćurčić**

**Herausgeber: Ökumenische Hilfsorganisation (ÖHO)**

**Direktorin: Tilda Gyenge Szlifka**

**Chefredakteur: Robert Bu**

**Redakteurinnen: Marija Ristić Milovanović und Nataša Pušić Živanov**

**Lektur und Korrektur: Petar Petrović**

**Design: Ivana Đukić**

**Fotografien: Danijel Vrška, Ivan Berguš und Zoom Photo Subotica**

*Novi Sad, November 2018*

**Ökumenische Hilfsorganisation**

**Ćirila i Metodija 21, 21000 Novi Sad**

**AP Vojvodina, Srbija**

**Tel/Faks, Phone/fax, Telefon / Fax:**

**+381 (0)21 466 588 / 469 683 / 6504 296 / 6397 626**

**Email: office@ehons.org, www.ehons.org**

Copyright © 2018

Ekumenska humanitarna organizacija



CIP - Каталогизacija u publikaciji  
Библиотека Матице српске, Нови Сад

316.66(=214.58)(497.11)

316.34(=214.58)(497.11)

**ОПРАНОВИЋ, Бранислава**

Priče povratnika iz Nemačke po Sporazumu o readmisiji "O nevidljivima, a na javi" = Stories of returnees from Germany under the Readmission Agreement "Making the invisible visible" = Geschichten von Rückkehrern aus Deutschland aufgrund des Rückübernahmeabkommens "Über die Unsichtbaren, aber doch Wirklichen" / Branislava Opranović. - Novi Sad : Ekumenska humanitarna organizacija, 2018 (Novi Sad : Ekumenska humanitarna organizacija). - 75 str. : ilustr. ; 24 cm

Tekst uporedo na srp., engl. i nem. jeziku. - Tiraž 100.

ISBN 978-86-85043-62-8



www.ehons.org